

Sozialistische Planwirtschaft

Ihre Ursprünge, Grundlagen und Probleme aus historischer Sicht*

Von Willi A. Boelcke, Stuttgart-Hohenheim

Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Jahren in Ost und West das wissenschaftliche Gespräch über die Bedeutung und Problematik der Planwirtschaft und allgemein über den Stellenwert staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf immer lebendiger wurde. Die nach wie vor im Fluß befindliche Diskussion erfuhr außerdem durch den nunmehr zwar mit der militärischen Intervention Moskaus gestoppten Demokratisierungsprozeß in der Tschechoslowakei hochaktuellen Auftrieb. Doch scheinen die tschechischen Reformer ihr Ziel, zu einer wahrscheinlich über das jugoslawische Modell hinausgehenden Neuformation des tschechischen Wirtschaftslebens zu gelangen, noch nicht völlig aufgegeben zu haben. Schon deshalb wäre es verfrüht, von den bisherigen Erörterungen im besonderen über die Planwirtschaft im sozialistischen Staats- und Wirtschaftsgefüge bereits jetzt endgültige Resultate zu erwarten¹. Vom Erfolg oder Mißerfolg des nach wie vor ungeteilte Aufmerksamkeit heischenden tschechoslowakischen „Weges“ wird es wahrscheinlich wesentlich mit abhängen, inwieweit extreme Positionen in Ost und West, die gleichermaßen von der prinzipiellen Unvereinbarkeit der sozialistischen Planwirtschaft mit dem freien Kräftespiel des Markt-Preis-Mechanismus ausgehen, aufzugeben

* Dieser Beitrag wurde am 17. April 1968 in gekürzter Form als Vortrag vor der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes in Saarbrücken gehalten.

¹ Zum neuesten Stand der Diskussion vgl. Erik Boettcher: Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege. Tübingen 1959. — Erik Boettcher (Hrsg.): Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung? Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966. — Georg v. Wrangel: Wird der Ostblock kapitalistisch? Die kommunistischen Wirtschaftsreformen und ihre Bedeutung. München 1966. — Hans G. Schachtschabel: Wirtschaftspolitische Konzeptionen. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967. — Willy Linder: „Libermanismus“ ist nicht Liberalismus. Betrachtungen zu den wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion. Bonn/Berlin 1967. — Karl C. Thalheim u. Hans-Hermann Höhmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Köln 1968. — Bruno Gleitze, Karl C. Thalheim u. a.: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft. Berlin 1967. — Nach der Drucklegung dieses Aufsatzes erschien Karl Paul Hensel: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. Stuttgart 1968.

oder zumindest etwas modifizierenden Einschränkungen zu unterwerfen sind.

I. Erkenntnisprobleme

Wenn der Dialog um das Für und Wider, um Wirklichkeit und „Magie“, um die Potenzen und Grenzen der sozialistischen Planwirtschaft trotz der von Wissenschaftlern und Wirtschaftsfachleuten richtig gestellten Prognosen und trotz der Sachkunde profilierter Sachkenner der diffizilen Materie insgesamt noch nicht die allseits gewünschten Ergebnisse erbracht hat, so liegt in dieser einleitend noch näher zu begründenden und vor allem als wertabstinente zu verstehenden Feststellung nicht etwa ein sich generell gegen die Wissenschaft erhebender Vorwurf. Vergewegenwärtigen wir uns der einzelnen Stationen der ökonomischen Dogmengeschichte etwa seit der Jahrhundertwende, so kann der historischen Rückschau nicht entgehen, daß die fundierte, sich auch — um Maßstäbe zu setzen — späterhin in der Praxis bewährende makroökonomische Theorie weder aus reinen ideologiebezogenem Messianismus noch aus prognostischer Abstraktion erwächst, wenngleich der Einfluß weltanschaulicher Positionen und wissenschaftsfremder Fragestellungen nicht verkannt werden soll. Die Gegensätzlichkeit fast kontradiktorischer Imperialismus-Theorien ist ein Beispiel dafür und macht darüber hinaus sichtbar, wie schwierig es ist, sich verzahnende wirtschaftliche und politische Entwicklungen in ihren kausalen Zusammenhängen zu analysieren. Andererseits fördern zwar die in wohl präparierter Isolation gedeihenden und deshalb nur begrenzten Aussagewerte erfundener und konstante Prämissen setzender Denkmodelle die wissenschaftliche Erkenntnis, doch stützen sie nur, aber tragen nicht allein die Beweislast der über Teilbereiche hinausragenden makroökonomischen Theorien. Um den Forderungen der Wirtschaftspraxis standzuhalten und mithin Erkenntnis und Wirklichkeit möglichst weitgehend anzunähern, setzt daher jede makroökonomische Theorie die sachkundige und breite Indikation der sich in ihren positiven wie negativen Aspekten offenbarenden Komplexität tatsächlich abgelaufener Wirtschaftsvorgänge voraus². Je weniger das hinlänglich bekannte Axiom von der Einheit von Theorie und Empirie erfüllt wird, um so eher verwandelt sich eine Theorie gewissermaßen in einen kaum noch einlösbaren Wechsel, wurde er

² Ein typisches Beispiel ist die Entstehungsgeschichte der Keynes'schen Vollbeschäftigungstheorie, die bezeichnenderweise nicht vor der großen Weltwirtschaftskrise von 1929—1932 konzipiert wurde, sondern erst danach. John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936. Ergänzend Horst Claus Recktenwald: *Lebensbilder großer Nationalökonomien*. Einführung in die Geschichte der Politischen Ökonomie. Köln/Berlin 1965. S. 543 ff.

auch unmittelbar nach seiner Ausstellung überaus bereitwillig in Zahlung genommen.

Grundstock, zentrales Problem aller Wirtschaftstheorie ist und bleibt, wie bereits Joseph Alois Schumpeter darlegte, die eindeutige Bestimmung des Gleichgewichtszustandes der Interdependenzsysteme³. Um jedoch diesen Gleichgewichtszustand richtig „auszuloten“, bedarf es häufig bestimmter, vom Wissenschaftler völlig unabhängiger Voraussetzungen, die aber keineswegs zu jeder Zeit mit der gleichen Intensität und in der gleichen Dimension wirksam sind. Selbst der unterschiedene Kritiker, dem nicht selten die überzeugendere Interpretation gelingt, ist ebenso, wenn nicht weit mehr, in seiner Beweisführung an diese Voraussetzungen gebunden wie sein Kontrahent, dessen theoretische Konzeptionen letztlich auf eine Rechtfertigung bestehender Zustände hinauslaufen. Bei der Betrachtung ökonomischer Theorien, die sich mit dem Wirtschaftskreislauf beschäftigen, drängt sich jedenfalls dem Historiker die Tatsache auf, daß der für eine theoretische Bewältigung unserer ökonomischen Bezugssysteme notwendige klare und sichere Blick häufig die Erkenntnisschwelle mehr hypothetisch sich zusammenfügender richtiger Teilbeobachtungen erst dann zu überschreiten vermag, wenn sich ihm nicht nur ein anscheinend reibungslos funktionierendes Wirtschaftsgeschehen darbietet, sondern sich vor ihm auch die ganze Empirie des plötzlich gestörten ökonomischen Gleichgewichtszustandes ausbreitete. Die günstigsten Voraussetzungen für eine theoretische Durchdringung, die nicht an Oberflächenerscheinungen haften bleibt, sind demnach vor allem dann gegeben, wenn sich ein Wirtschaftssystem in seinen Proportionen plötzlich als gestört erweist und sich das bislang dynamische und scheinbar reibungslose Wirtschaftswachstum möglicherweise ins Gegenteil verkehrt hat oder gravierende Stockungen auftraten.

Diese Bedingungen erfüllt nunmehr seit einigen Jahren weitgehend der planwirtschaftliche Dirigismus der kommunistischen Staatenwelt, nachdem für über ein Jahrzehnt durch das zwar propagandistisch verherrlichte, aber auch tatsächlich beachtliche Wirtschaftswachstum in diesen Ländern die kommunistische Planerfüllungsideologie ihre nicht zu überhörenden Triumphe gefeiert hatte. Die Wirtschaftsplaner des Ostens sahen die „kommunistische Wohlstandsgesellschaft“ in greifbarer Nähe. Die Propaganda münzte aus ihren Prognosen politisches Kapital. Seit einigen Jahren tritt demgegenüber immer deutlicher zutage, daß sich in den Staaten, welche zumeist vor 1950 unter Druck Moskaus vorbehaltlos das sowjetische Planungsmodell übernahmen⁴,

³ Joseph A. Schumpeter: *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. Leipzig 1908 (2. Aufl. 1950). S. 28—37.

⁴ Der Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft zunächst in Form von Zwei-

wirtschaftliche Wachstumsschwierigkeiten eingestellt haben, von denen einige Staaten mehr, andere wohl etwas weniger betroffen wurden. Sowjetische Wirtschaftswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang in ebenso verallgemeinernder wie vorsichtiger Formulierung, offenbar wohl in Anlehnung an *Zyklizitätstheorien* der kapitalistischen Wirtschaft, von Entwicklungszyklen im Wirtschaftswachstum sozialistischer Länder⁵. Ernste Einwände gegen das bisherige zentralistische Planungsmodell erheben dagegen schon seit einiger Zeit polnische Ökonomen wie der seit Jahrzehnten namhafte Oskar Lange und Michal Kalecki⁶, wobei es ihnen nicht mehr allein um die Analyse des Problems der Preisfestsetzung bzw. der Wirtschaftsrechnung, sondern um die wirtschaftlichen Leitungssysteme im Sozialismus geht. Noch schärfere Töne der Kritik waren neuerdings aus der Tschechoslowakei zu hören.

Die Kritik beschränkt sich aber nicht nur darauf, negative Erscheinungsformen und für uns vielfach seit langem sichtbare Mängel des in der Nachkriegszeit bedenkenlos kopierten sowjetischen Planungsmodells herauszustellen, sondern sie führte teilweise mit der Darlegung dezentralistischer und sogar marktorientierter neuer Planungskonzeptionen zugleich zu dem Versuch, die tieferen Ursachen für das Versagen der bislang mit Selbstverständlichkeit hingenommenen Plan- und Wirtschaftsstruktur aufzudecken. Ein Musterbeispiel kritischer Analyse aus berufener Feder bietet das vor kurzem erschienene Buch „Plan und Markt im Sozialismus“⁷ von Ota Šik, Professor und Direk-

oder Dreijahresplänen vollzog sich in Polen im Jahre 1947 (Neue Welt, Heft 4, 1952); in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1949; in Albanien 1949 (Neue Welt, Heft 5, 1952); in Bulgarien 1947 (Neue Welt, Heft 13, 1952); in Ungarn 1947 (Neue Welt, Heft 8, 1952); in Rumänien 1948 (Neue Welt, Heft 3, 1951); in China 1949 mit langfristigen Planvorhaben (Neue Welt, Heft 13, 1950 u. Heft 21, 1951). Seit 1956 waren die Volkswirtschaftspläne der sog. Volkswirtschaften auch in ihrer zeitlichen Periodisierung auf die sowjetischen Fünfjahrespläne abgestimmt. Jugoslawien trat bewußt 1947 nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich aus der Reihe der von Moskau abhängigen übrigen Volkswirtschaften, indem es 1946/47 keinen Übergangsplan, sondern sogleich einen Fünfjahresplan in Angriff nahm. Vgl. Werner Markert (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien. Köln/Graz 1954. S. 233/234. — Ljubo Sirc: Die Entwicklung der kommunistischen Wirtschaft in Jugoslawien. Ordo, Bd. 13 (1962). Ferner: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 23/I. Berlin 1961. — Willy Linder: Die kommunistische Planwirtschaft am Beispiel Ungarns. Zürich 1964.

⁵ Boettcher: Die Planwirtschaft im Wandel. In: Boettcher (Hrsg.): Wirtschaftsplanung, a.a.O. S. 10.

⁶ Boettcher: Planwirtschaft, a.a.O. S. 12 ff. — Heinrich Machowski: Wirtschaftsreformen in Polen. In: Thalheim, Höhmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen, a.a.O. S. 139–144. Ergänzt dazu: Maurice Dobb: Die Ökonomen und die Ökonomie des Sozialismus. In: Maurice Dobb (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie. Frankfurt/M. 1966. S. 7–18.

⁷ Ota Šik: Plan und Markt im Sozialismus. Wien 1967. Das Buch stellt die

tor des Ökonomischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und mit der tschechischen Regierungsumbildung während des „Prager Frühlings“ stellvertretender Ministerpräsident. Anhand seiner auf unmittelbarer Sachkenntnis basierenden Darstellung ist es vor allem der westlichen Forschung mehr als bisher möglich, die landläufig gewordene Formulierung von den systembedingten Mängeln, die immer mehr zu verwaschen drohte, zu präzisieren und zu differenzieren und damit klar zu unterscheiden zwischen den systembedingten Mängeln, die 1. sich aus der Planung schlechthin, aus ihrem Niveau, ihren Möglichkeiten und der Unzulänglichkeit der jeweils zwangsläufig angewandten Methoden herleiteten, und 2. deren Ursachen in der derzeitigen Strukturierung des kommunistischen Staats- und Wirtschaftssystems, der Diktatur einer Parteispitze und ihren politisch-ideologischen Vorstellungen begründet und schließlich in Korrelation mit der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung der Produktionsmittel zu sehen sind.

Wir sahen seit Jahren das Wachstumspotential sozialistischer Planwirtschaften, lasen von einer Verdoppelung und Verdreifachung der Produktion verschiedener Industriezweige binnen weniger Jahre und konnten ihre zumeist wegen des niedrigen Niveaus der Ausgangssituation enormen Wachstumsraten anhand der offiziellen Statistiken verfolgen⁸, hören aber neuerdings trotz steigender Investitionen auch von gewissen Wachstumsgrenzen, und zudem eröffnet sich mehr als bisher die Möglichkeit, hintergründige, bislang verborgene Interdependenzen der sozialistischen Planwirtschaft signifikant zu machen. Das derzeitige Fazit der Entwicklung, das sich namentlich als eine von kommunistischen Wirtschaftstheoretikern gezogene Bilanz darstellt, bietet daher für eine auf der Kenntnis tatsächlicher Vorgänge aufbauenden wissenschaftlichen Bewältigung der Problematik der sozialistischen Planwirtschaft mehr Ansatzpunkte, als sie noch vor Jahren greifbar waren. Freilich sollte der Begriff „Wachstumsschwierigkeiten“ nicht zu undifferenziertem, pauschalem Urteil verleiten. Grundsätzlich ist zwischen den Wachstumsschwierigkeiten zu unterscheiden, die 1. gewöhnlich den Übergang vom Agrarland zum Industriestaat begleiten und auch nicht während der ersten industriellen Revolution der alten Industrienationen im 19. Jahrhundert ausge-

grundlegende Umarbeitung einer anderen vorausgegangenen Publikation des gleichen Verfassers dar: Zur Problematik der sozialistischen Warenbeziehungen. Berlin-Ost 1965. *Šik* ist nach der sowjetischen Intervention in die Schweiz emigriert.

Zu den Reformen und der Reformdiskussion in der Tschechoslowakei namentlich Kurt Wessely: Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei. In: *Thalheim, Höhmann* (Hrsg.): Wirtschaftsreformen, a.a.O. S. 168 ff.

⁸ Am informativsten sind noch immer unter den gegebenen Umständen die statistischen Jahr- und Handbücher der entsprechenden Länder, so etwa das Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Ost 1956 ff.

blieben waren, und 2. jenen ganz anders gelagerten Wachstumsfraktionen, von denen hochindustrialisierte Volkswirtschaften jetzt betroffen wurden (etwa die Sowjetunion, die ČSSR und die DDR).

II. Das Beobachtungsmaterial

Erschwerend für die westliche Forschung wirkte sich in diesem Zusammenhang ferner auch der Umstand aus, daß ihr im Hinblick auf das für sie greifbare Beobachtungsmaterial gewissermaßen die Rolle eines „wissenschaftlichen Zaungastes“ zugewiesen war. Sie vermochte nur das zu „registrieren“ und nur das ihrer kritischen Betrachtung zu unterziehen, was man von östlicher Seite ihren Blicken preisgab und was außerdem Publizisten und sonstige mehr oder weniger zuverlässige Beobachter berichteten. So fiel ihr letztlich die mühsame Aufgabe zu, sich beim Studium des zugänglichen offiziellen Schrifttums, das bekanntlich einer objektiven und vor allem einer subjektiven Zensur unterworfen ist, in der schwierigen Kunst des Lesens zwischen den Zeilen zu üben. Schlug auch andererseits namentlich die westliche Publizistik aus den sich Jahr für Jahr wiederholenden Meldungen über die Nichterfüllung gesteckter Pläne ebenso wie aus der nachdrücklichen Betonung des trotz steigender Tendenzen *relativ* niedrigen Lebensstandards in den sogenannten Volksdemokratien vordergründig wirkendes politisches Kapital, so kann sich die Wissenschaft, der es auf die Erhellung vielfach verborgener Interdependenzen ankommt, allein mit der Feststellung dieser möglicherweise systembedingten Ingredienzien nicht zufrieden geben. Die zuweilen von angelsächsischen und französischen Wissenschaftlern artikulierten Bedenken gegen die mitunter allzu einseitige und sicher auch vom Trauma der Spaltung Deutschlands überschattete Darstellung der wirtschaftlichen Zustände in der DDR durch die westdeutsche Publizistik lassen sich nicht einfach beiseite schieben. Fast wie ein roter Faden zieht sich die Polemik mit der westdeutschen Journalistik durch Hans Apels 1966 erschienenes Buch „Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft“⁹, das auf weite Strecken zweifelsohne in verdienstvoller Weise aufklärend wirkte, obgleich manches vorschnell, aus polemischer Nähe formulierte Urteil zum Widerspruch herausfordert.

Ungeachtet der polemischen Essenz der publizistischen und wissenschaftlichen Debatte um die sozialistische Planwirtschaft sei jedoch auch daran gedacht, daß grundsätzlich jede in die Zukunft gerichtete, Utopie und Wirklichkeit verschmelzende Wirtschaftsplanung auch unter Bedingungen, die den in sozialistischen Staaten herrschenden

⁹ Hans Apel: Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft. Köln 1966.

entgegengesetzt sind, von vornherein die Möglichkeit der Nichtrealisierung im vorgesehenen Zeitraum einschließt. Selbst die sich in mikroökonomischer Dimension vollziehende, dezentralisierte, private Unternehmensplanung innerhalb unserer Marktwirtschaft wird davon sicher nicht minder betroffen, nur kommen die Fehlplanungen der einzelnen Unternehmen mit Rücksicht auf ihre Wettbewerbslage der Öffentlichkeit selten zu Gehör, es sei denn, daß durch Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse Einblick in das Geschäftsgebaren zu gewähren ist. Die Nichtrealisierung gesteckter Planziele spricht aber im allgemeinen weniger gegen die für das Funktionieren der modernen Wirtschaft unabdingbare Planung an sich, sondern häufig weit mehr gegen die Planer und ihre Fähigkeiten. Letztlich beweist sie das Unvermögen der Mittel und Methoden, die zur Planerfüllung eingesetzt worden sind und damit vor allem die aus objektiven und subjektiven Gründen ungenügende planerische Erfassung der für die Planverwirklichung notwendigen Voraussetzungen einschließlich der nur schwer kalkulierbaren eigengesetzlichen Wirtschaftsdynamik. In Anlehnung an eine 1965 von Joseph Kaiser gebrauchte recht harte Formulierung¹⁰ wird daher die Feststellung erlaubt sein: Planung ist durchaus keine Sache von Dilettanten und Amateuren, was jedoch Dilettanten nicht daran hindert, sich zu Planern berufen zu fühlen. Die sehr eindrucksvolle Bestätigung dessen erbrachte schon vor Jahren Fritz Schenk, einst rechte Hand des Ostberliner Planungschefs Leuschner¹¹, mit seinen mehr der Kategorie der Memoirenliteratur zuzurechnenden Büchern¹², die aus unmittelbarem Erleben die vielfach dilettantische Improvisation der Ostberliner „Planifikateurs“ schildern.

Andererseits enttäuscht Schenk ebenso wie der schon genannte Apel denjenigen Leser, der von ihnen erwartet, daß sie ihre im ganzen zutreffenden Urteile durch ein breites, überzeugendes Zahlenmaterial absichern würden. Schenk lief es zwar einst durch die Hände, während Apel die gewünschten ökonomischen Daten seinen Ostberliner Gesprächspartnern nicht zu entlocken vermochte. Da an anderer Stelle publizierte Statistiken die Lücken nicht restlos schließen können¹³, ist

¹⁰ Joseph Kaiser: Planung, I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden 1965. S. 11.

¹¹ Bruno Leuschner (1910–1965), Vors. der Staatlichen Plankommission der DDR von 1952–1961.

¹² Fritz Schenk: Magie der Planwirtschaft. Köln/Berlin 1960. — Ders.: Im Vorzimmer der Diktatur. Köln/Berlin 1962.

¹³ Damit soll nicht etwa die grundsätzliche Bedeutung der Arbeiten eines Sachkenners wie Bruno Gleitze geschmälert werden. Vgl. u. a. Bruno Gleitze: Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan. Berlin 1964. Das neben zahlreichen anderen Beiträgen. Nicht allein die unterschiedlichen Be-

es nach wie vor unmöglich, eine in allen Positionen ebenso exakte wie vollständige vergleichende Produktionsstatistik etwa für die Bundesrepublik und die DDR aufzustellen, geschweige denn einen Produktivitätsvergleich vorzunehmen. Noch schwieriger stellen sich entsprechende naheliegende Vergleiche zwischen China und Indien sowie zwischen der UdSSR und den USA¹⁴. Dadurch aber sind der theoretischen Erörterung von vornherein Grenzen gesetzt, kann sich doch auch die abstrakteste Theorie nicht völlig vom Boden jener ökonomischen Quantitäten lösen, die in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander stehen und in der Weise miteinander verzahnt sind, daß die Veränderung einer Quantität auch eine solche aller anderen nach sich zieht. So sehr auch die abstrahierende Verallgemeinerung die „Daten-Akkumulation“ voraussetzt, auf zahlenmäßigen Feststellungen, Quantifizierungen konkreter Vorgänge, auf der Registrierung aller Veränderungen im positiven wie im negativen Sinne aufzubauen hat, so wenig war das jahrelang uns aus dem Osten Zufließende, in dem sich, totalitären Staatssystemen wesenseigen, Propaganda und Wirklichkeit vermischten, geeignet, allen Fragestellungen wissenschaftlicher Betrachtung gerecht zu werden.

Disziplinäre Grenzen und methodische Antinomie

Schließlich soll noch ein weiteres, ebenfalls mehr methodologisches Problem anklingen, das sich nachteilig auf den Gang der Forschung auswirkte oder ihr zumindest die erwünschte Breite nahm. Der wissenschaftliche Dialog über die sozialistische Planwirtschaft wurde deutscherseits in der Hauptsache von Wirtschaftswissenschaftlern wie Erik Boettcher und dem der Freiburger Schule nahestehenden Karl Thalheim angeregt und bestritten¹⁵, um nur die bekanntesten Namen

rechnungsgrundlagen, sondern auch die zahlreichen Widersprüche in den Statistiken der DDR, der UdSSR usw. erschweren den exakten statistischen Vergleich. Vgl. u. a. auch Fritz Schenk: Der Siebenjahrplan und seine Vorgänger. Ein Vergleich der politischen und wirtschaftlichen Ziele. SBZ-Archiv. 11. Jg., 14 (1960) S. 215.

¹⁴ Ergänzend dazu: Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in der Welt. Beihefte der Konjunkturpolitik 8, Berlin 1961. Zur grundsätzlichen Information vgl. Werner Markert (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien, Köln/Graz 1954; Osteuropa-Handbuch, Polen. Köln/Graz 1959; Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Köln/Graz 1965. — Linder: Ungarn (1964). — Alfred Zauberman: Industrial Progress in Poland, Czechoslovakia and East Germany 1937—1962. London 1964. — Hans Georg Schachtschabel: Das industrielle Potential in Ost und West. Stuttgart 1963. — Hellmuth Kalus: Wirtschaftszahlen aus der SBZ. Bonn/Berlin 1961. — Bruno Gleitze: Das Wirtschaftswachstum in beiden Teilen Deutschlands [Bonn 1968].

¹⁵ Karl C. Thalheim: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau. Berlin 1964. — Ders: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems. Köln 1962. Daneben zahlreiche Aufsatzpublikationen. Vgl. auch Anm. 1 u. 18.

zu erwähnen. Von den anderen, dazu ebenfalls aufgerufenen Disziplinen beteiligten sich namentlich die Politologen, weniger aber die Juristen¹⁶, sofern es erlaubt ist, Boris Meissner zu den Vertretern der Politologie zu zählen. Historiker und Psychologen, Soziologen und Philologen bewiesen jedoch gegenüber den vielschichtigen Phänomenen der sozialistischen Planwirtschaft ein zumeist gedämpftes Interesse und traten kaum mit eigenen Forschungsarbeiten hervor¹⁷, obwohl die Wirtschaftswissenschaftler andererseits immer wieder betonten, daß sie sich vor allem auf die wirtschaftsendogenen Sachverhalte der sozialistischen Planwirtschaft beschränken, ihre Komplexität aber erfordere, daß alle über den rein ökonomischen Bereich hinausgehenden Elemente von den dazu kompetenten anderen Disziplinen zu untersuchen und darzustellen seien¹⁸. Die sich aus zwangsläufiger Spezialisierung herleitende und die Tektonik unseres gegenwärtigen Wissenschaftsgebäudes kennzeichnende disziplinäre Auffächerung war mithin einer allseitigen Betrachtung der sozialistischen Planwirtschaft in ihrer Ambivalenz nicht immer förderlich.

Je weniger daher das Untersuchungsobjekt sozialistische Planwirtschaft der interdisziplinären Zusammenarbeit entbehren kann, um so mehr ist gewiß auch der Historiker dazu aufgerufen, wenngleich ihm aus berufenem Munde attestiert wurde, die Geschichtswissen-

¹⁶ Verwiesen sei zumindest auf Klemens Pleyer: *Zentralplanwirtschaft und Zivilrecht*. Stuttgart 1965. — Dieter Pfaff: *Das sozialistische Eigentum in der Sowjetunion*. Köln 1965. — Benvenuto Samson: *Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts*. 2. Aufl., Frankfurt a. Main/Berlin 1960.

¹⁷ Verwiesen sei u. a. auf die entsprechenden von Knut Borchardt verfaßten Abschnitte in: Gustav Stolner, Karl Häuser u. Knut Borchardt: *Deutsche Wirtschaft seit 1870*. Tübingen 1964. S. 331—353.

Die Auswirkungen der Planwirtschaft auf die Erziehung und Psychologie des Menschen sind in größerem Zusammenhang noch nicht untersucht. Hinweise bietet Klaus Mehnert: *Der Sowjetmensch*. 10. Aufl., Stuttgart 1958. — Aufschlußreich aus sowjetischer Sicht sind namentlich die Publikationen von Makarenko sowie entsprechende Darstellungen in der Sowjetliteratur, wobei auffällt, daß in der sowjetischen und volksdemokratischen Literatur die literarische Gestaltung des häuerlichen Milieus mehr durch Farbigkeit und Ausdruckskraft überzeugt. Im Vordergrund der Erziehung steht nicht die Individualität, nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit, sondern die Schulung zum „Massenmenschen“ mit höchster beruflicher Qualifikation.

„Von der erfolgreichen Durchsetzung kollektiver Gewohnheiten in der Produktion, im öffentlichen und persönlichen Leben hängt in hohem Maße der Erfolg des kommunistischen Aufbaus ab.“ M. I. Kalinin: *Über kommunistische Erziehung*. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin-Ost 1950. S. 109.

Aus soziologischer Sicht anregend, aber mehr deskriptiv neuerdings Ernst Richert (Hrsg.): *Die neue Gesellschaft in Ost und West — Analyse einer lautlosen Revolution*. Gütersloh 1968. Der Untersuchung des Wandels der sozialen Strukturen und der Bildungspolitik ist ferner gewidmet Boris Meissner (Hrsg.): *Sowjetgesellschaft im Wandel. Rußlands Weg zur Industriegesellschaft*. Stuttgart 1966.

¹⁸ Vgl. u. a. Erik Boettcher u. Karl G. Thalheim (Hrsg.): *Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem*. Berlin 1964. S. 70 u. 205.

schaft sei im Grunde die unexakteste Disziplin unter den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften. Die Überbetonung angeblich geschichtlicher Entwicklungsgesetze durch die „Klassiker des Marxismus“¹⁹ vermag zwar diese selbstkritische Feststellung nicht zu entkräften, doch ist eine gewissermaßen handwerklich betriebene Geschichtsschreibung, von *Nietzsche* als Chronistik abgewertet, eine Geschichtsschreibung also, die Einzelprobleme an Einzelvorgängen individualisiert, die daher konkrete Tatsachen akkumuliert, durchaus exakt oder sollte es zumindest sein. Aber die Geschichte erschöpft sich nicht in der erlernbaren, wenn auch häufig überaus mühsamen Arbeit des Identifizierens, Singularisierens und Individualisierens, des Falsifizierens und Verifizierens. Sie hat ebenfalls die Aufgabe, die Kurve von der Individualität zur Totalität und, so schwer es ihr fällt, die Kurve zur Universalgeschichte zu ziehen. So verstanden wird hermeneutische Geschichtsschreibung politische Geschichte im höchsten Inhalt des Wortes sein, das große Differential menschlicher Handlungen, die sich in das Koordinatensystem eines Kräfteparallelogramms unmöglich einfangen oder einzwängen lassen. Geschichte als historisches Geschehen ist schließlich nicht reproduzierbar; kein Experiment induzierter industrieller Entwicklung vermag die industrielle Revolution der alten Industriestaaten Europas zu wiederholen²⁰. Eine in diesem Sinne auf das Ganze gerichtete Geschichtswissenschaft hat daher durchaus ihren legitimen Standort in der Familie der Disziplinen, die teilweise mit Hilfe der abstrahierenden Rationalität ihrer Modelle von einer Manipulierbarkeit der Zukunft durch Planung ausgehen, reiht doch die Geschichtswissenschaft auch jene Faktoren in die Betrachtung ein, die häufig einen Strich durch unsere wohl aufgebaute Rechnung machen, weil es gewissermaßen die „Ironie der Geschichte“ so will.

Ohne die neuerdings wiederum spannungsgeladene Antinomie zwischen historisch-individualisierender Betrachtung und verallgemeinernd abstrahierender Reflektion bestände jedoch kaum Anlaß, auf den nun schon seit Jahrzehnten währenden wissenschaftlichen „Methodenstreit“ erneut in diesem Rahmen einzugehen. Wie wenig die entgegengesetzten Standpunkte einzelner Disziplinen wirklich unüberwindlich sind, brachte aber Walter Eucken bereits im ersten Kapitel seiner 1940 erstmals erschienenen „Grundlagen der Nationalökonomie“

¹⁹ In einem später revidierten Entwurf zur „Deutschen Ideologie“ schrieben Marx und Engels: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft von der Geschichte.“ Karl Marx, Friedrich Engels, Historisch-kritische Gesamtausgabe. Frankfurt/Berlin/Moskau 1927–1935, Bd. I. 5, S. 567. Marx und Engels revidierten jedoch nur die Formulierung, nicht den Wesenskern der Aussage.

²⁰ Vgl. hierzu Herbert Lüthy: Wozu Geschichte? Der Monat. 231, 19. Jg. (1967). S. 5–17.

zum Ausdruck, da er zu bedenken gab: „Wenn aber der jeweilige wirtschaftliche Alltag ein Ausschnitt des jeweiligen gesamtgeschichtlichen Seins ist, so muß die Frage nach seinen Zusammenhängen auch als solche, nämlich als geschichtliche Frage aufgefaßt werden“²¹.

III. Anfänge und erste theoretische Ansätze

Was der Wirtschaftshistoriker bislang eigentlich versäumte, holte Edgar Salin 1963 während des Frankfurter Gesprächs der List Gesellschaft nach, als er die dem Thema „Planung ohne Planwirtschaft“ gewidmete Tagung mit Ausführungen über „Planung — Der Begriff, seine Bedeutung, seine Geschichte“ introduzierte²². Obwohl es Planwirtschaft bzw. Teil-Planungen staatlicher Provenienz der Sache nach schon in der orientalischen Staatenwelt, im Zweistromland und im alten Ägypten zumindest im Bereich der Agrarwirtschaft gab und die merkantile Unternehmensplanung nicht viel jünger ist, und obwohl spätestens im Zeitalter des Merkantilismus, beginnend etwa mit *Colbert*, von Staats wegen sehr gezielte Maßnahmen einer teilweise auch zeitlich terminierten Wirtschaftslenkung²³ ergriffen worden waren, fand der Begriff Planwirtschaft erst relativ spät in das ökonomische Fachvokabular Eingang. Der im *Pierer* 1844 erwähnte „ökonomische Plan“ bildete noch ganz einen Terminus der kartographischen Fachsprache und diente der Bezeichnung eines „Situationsplanes“, der die Lage von Wirtschaftsgebäuden und wirtschaftlich nutzbaren Grundstücken festhält²⁴. Dem „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ von 1898 ist das Wort Planwirtschaft ebenfalls noch fremd, auch taucht es bezeichnenderweise nicht in der dritten Auflage des „Handwörterbuches der Staatswissenschaften“ von 1910 auf. Dagegen erscheint es erstmals in der vierten Auflage von 1925. Der Verfasser des Stichwortes „Planwirtschaft“ ist kein geringerer als der damals noch junge Wilhelm Röpke, damals bereits ein entschiedener Gegner planwirtschaftlicher Lenkungssysteme²⁵.

²¹ Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena 1940. S. 20.

²² Alfred Plützko (Hrsg.): Planung ohne Planwirtschaft. Basel/Tübingen 1964. S. 2—11.

²³ Eli F. Heckscher: Der Merkantilismus. Jena 1932. Bd. 2. S. 6 f., 99 f. usw. Ferner Gustav Schmoller: Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen. Schmollers Jahrbuch. 1884. S. 39—61.

²⁴ H. A. Pierer: Universal-Lexikon. Bd. 23. Altenburg 1844. S. 143. — Das urdeutsch klingende Wort Plan wurde gleich zweimal aus fremder Sprache ins Deutsche übernommen, einmal im Hohen Mittelalter aus dem Mittellateinischen und ein zweites Mal im 18. Jahrhundert aus dem Französischen und galt anfangs als Flächenbegriff, seit dem 18. Jahrhundert auch als kartographischer Fachterminus. Im Sprachgebrauch von Kant und Lessing wurde das Wort „plan“ u. a. auch als Adjektiv verwendet: ein „planer und überzeugender Gedanke“ (Kant). »Plan« wurde im Sinne von gerade, klar und deutlich gebraucht.

²⁵ Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl. 1925. Bd. 6. S. 876—877.

Die Diskussion um planwirtschaftliche Eingriffe durch den Staat nahm jedoch schon mit den utopischen Sozialisten, die sich dadurch in bewußten Gegensatz zu den Lehren der Freihandelstheoretiker stellten, ihren Anfang. Sie wurde sodann von *Marx* und *Engels* aufgegriffen und ist namentlich mit *Marx'* „Elend der Philosophie“ nie mehr erloschen²⁶. Den Sozialisten ging es jedoch anfangs nur um eine rational-planerische Gestaltung der Verteilungsseite, um ein nach ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit gestaltetes „Zirkulationssystem“, bis *Marx* und *Engels* den entscheidenden Schritt weitergingen und das Produktions- und Eigentumsproblem in den Mittelpunkt ihrer Theorien rückten. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde für sie zum gesellschaftlichen Grundübel schlechthin, lautete doch ein Leitgedanke von *Marx*: „... von einer bestimmten Produktion hängen also auch bestimmte Formen des Verbrauchs, der Verteilung, des Austausches und bestimmte Beziehungen dieser verschiedenen Momente untereinander ab“²⁷. *Engels* fügte dem 1836 hinzu, daß mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die „Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ... durch planmäßige bewußte Organisation“ ersetzt werde²⁸. *Marx'sche* und eigene Auffassungen resümierend, ließ er sich schließlich zu der seit Jahrzehnten der marxistischen Orthodoxie peinliche Kopfzerbrechen bereitenden Prognose verleiten, daß in der sozialistischen Gesellschaft, „die die Produktion auf der Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu“ organisiere, der Staat allmählich absterbe, an die Stelle der Herrschaft „über Personen“ die „Verwaltung von Sachen“ trete und sich namentlich die „Leitung von Produktionsprozessen“ als neue Aufgabe stelle²⁹. Die Idee einer alle ökonomischen Bereiche lenkenden und organisierenden Planwirtschaft erwuchs mithin in ihren ersten theoretischen Ansätzen nicht aus reformerischem Streben, sondern bildete anfangs einen integralen Bestandteil allein der marxistischen Konzeption von der das kapitalistische Wirtschaftssystem gewaltsam ablösenden sozialistischen Gesellschaft. Perfekte

²⁶ Karl *Marx*: *Misère de la Philosophie*. Brüssel u. Paris 1847. In dem Buch setzte sich *Marx* mit *Proudhon* und dessen vielfach dilettantischen Vorstellungen vom ökonomischen Produktionsprozeß auseinander. In diesem Zusammenhang gab er erstmals der utopischen Vorstellung Ausdruck, nach der Revolution werde es „keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist“.

²⁷ Über die Abhängigkeit der Distributionsverhältnisse von den Produktionsverhältnissen vgl. Karl *Marx*: *Das Kapital*. III. Bd. Berlin-Ost 1949. S. 938 ff.

²⁸ Friedrich *Engels*: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)*. Berlin-Ost 1948. S. 351 u. a.

²⁹ Vgl. auch W. I. *Lenin*: *Marx, Engels, Marxismus. Ausgewählte Aufsätze*. Berlin-Ost 1946. S. 31–32.

Planwirtschaft und kapitalistische Konkurrenz hielten die „Klassiker des Marxismus“ für unvereinbar.

Administrierte Kriegswirtschaft

Die Geschichte der Planwirtschaft ging in der Wirklichkeit zunächst andere Wege, als die Prognosen von *Marx* und *Engels* in Aussicht stellten. Im Interesse der eigenen Selbstbehauptung und um einer durch den Krieg verursachten Notstandssituation Herr zu werden, bediente sich zuerst der bürgerliche Staat planwirtschaftlicher Eingriffe und verließ damit den Boden seiner bis dahin im allgemeinen liberalen Leitbildern huldigenden Wirtschaftspolitik. Mit dem herkömmlichen wirtschaftspolitischen Instrumentarium, mit einem Lockern der Zoll- und Steuerschraube, durch Vergabe von Produktionsprämien sowie durch valutarische und kreditäre Operationen wäre es unter den verschlechterten Produktionsbedingungen während des Ersten Weltkriegs namentlich dem Deutschen Reich nicht gelungen, weder die allgemein rapide Produktionsschrumpfung abzubremesen noch die zugleich notwendige Umgruppierung der gesamten Industriewirtschaft zugunsten der eigentlichen „Kriegsindustrie“ herbeizuführen³⁰. Zu dem dazu erforderlichen aktiveren Engagement im Bereich der Volkswirtschaft, verbunden mit einer unausweichlichen inflationären Währungs- und Finanzpolitik, fand sich die deutsche Reichsregierung trotz der Zwänge des Krieges jedoch nur zögernd bereit. Um die immer bedrohlicheren Engpässe auf dem Gebiet der Rohstoffbeschaffung und der zwangsläufig auf Surrogate ausgewichenen Ernährungswirtschaft zu vermeiden, um die Zwangsbewirtschaftung von Mangelwaren durchzusetzen und um vor allem den Rüstungsausstoß zu gewährleisten, wurden schließlich unter Reichseinfluß und Kapitalbeteiligung des Reiches im Verlaufe des Krieges die Unternehmen der einzelnen Produktionszweige in einer Vielzahl von regelrechten Erwerbsgesellschaften und Selbstverwaltungskörpern mit dem Charakter von freiwilligen oder Zwangs-Syndikaten zusammengefaßt, die nicht auf Erwerb gerichtet sein sollten, jedoch, für sie kennzeichnend, direkter staatlicher Überwachung durch Zentralbehörden oder Kommissare usw. unterlagen³¹. War auch der allgemeine Rückgang des Produk-

³⁰ Hierzu Rolf Wagenführ: Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860/1932. Sonderheft 31 der Vierteljahresshefte zur Konjunkturforschung. Berlin 1933. S. 21—23. — Zum Problem der Kriegsfinanzierung neuerdings Konrad Roesler: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Berlin/München 1967.

³¹ Näheres: Wilhelm Dieckmann: Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft 1914—1918. Hamburg 1937. — Hermann Cron: Die Organisation der Kriegswirtschaft im Kriege und ihre Überleitung in die Friedensverhältnisse sowie Wertung ihrer Akten. Potsdam 1942. Maschinenschr. im Deutschen Zentral-

tionsvolumens, das 1918 nur noch 55 bis 60 v. H. des Volumens von 1913 ausmachte, nicht aufzuhalten, so wurde aber mit dem Niedergang der agrarischen Erzeugung und vor allem der Konsumtionsmittelindustrie die „Blüte“ der für die Waffenproduktion so wichtigen Rüstungsindustrie erkaufte, die zudem beispielsweise im Geschäftsjahr 1916/17 mehr als doppelt so hohe Dividenden ausschüttete als die gesamte Industrie³². Die schärfsten Rationalisierungsmaßnahmen verhinderten letztlich den völligen Zusammenbruch der deutschen Ernährungswirtschaft.

G e p l a n t e F r i e d e n s w i r t s c h a f t

Das mit Hilfe der „Kriegszwangsgesellschaften“, durch Kapitalbeteiligungen des Staates und nicht zuletzt durch eine „Bürokratisierung“ des gesamten Wirtschaftslebens erstmals praktizierte, traurige Experiment einer vom Staat administrierten Wirtschaft wirkte bezeichnenderweise auf die führenden Köpfe der Nachkriegszeit durchaus nicht abschreckend. Die linke Sozialdemokratie blieb weiterhin ihren schon aus der Vorkriegszeit u. a. von *Bebel* artikulierten, bekannten planwirtschaftlichen Neigungen treu, die allerdings stets mit umfassenden Sozialisierungsbestrebungen gekoppelt waren. Das planwirtschaftliche Ideengut erhielt in der Nachkriegszeit aber vor allem deshalb neuen Auftrieb, weil man sich vor die schwierige Aufgabe gestellt sah, die drängenden finanziellen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, welche die Umstellung auf die Friedenswirtschaft und die Folgen des Krieges hervorgerufen hatten. Die Organisationsstruktur und Wirkungsweise der deutschen Kriegswirtschaft lieferte nun allen Gegnern eines Neoliberalismus den praktischen Beweis für eine durchaus mögliche Neuorganisation der gesamten Volkswirtschaft auf der Basis staatlicher Wirtschaftslenkung. Die Argumentation für eine Politik wirtschaftlicher Planung und gegen eine Renaissance des Wirtschaftsliberalismus unterschied sich übrigens in vielem kaum von der gegenwärtiger Befürworter zentraler Volkswirtschaftspläne³³. Die Planung, so war, auf die Hauptnenner reduziert, zu hören, würde über die Kontrolle der Gesamtnachfrage nach Gütern

archiv Potsdam. — Otto Goebel: Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Stuttgart 1930, u. August Skalweit: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Stuttgart 1927. Zum Vergleich Walter Hahn: Die Verpflegung Konstantinopels durch staatliche Zwangswirtschaft. Beih. zur VSWG, 1926.

³² *Wagenführ*: Industriewirtschaft, a.a.O. — Im Gegensatz zu den anderen Industriezweigen stieg das Produktionsvolumen der NE-Metalle verarbeitenden Industrie um mehr als das Doppelte. Produktionsindex 1913 = 100, 1916 = 113, 1917 = 155, 1918 = 234.

³³ Die für die Planung sprechenden Gründe sind zusammengefaßt bei James Edward Meade: Probleme Nationaler und Internationaler Wirtschaftsordnung. A. Planung und Preismechanismus. Tübingen/Zürich 1955. S. 2 ff.

und Dienstleistungen künftig Massenarbeitslosigkeit verhindern, sie würde durch eine zentral geplante Verteilung des Sozialprodukts die empörende Ungleichheit von Einkommen und Besitz abbauen und nicht zuletzt die maßlosen Verschwendungen beim Wettbewerb unterbinden. Schließlich machte sich zugleich als tiefere Wurzel der ebenfalls schon in der Kriegswirtschaft entfaltete und überhaupt dem Zuge der Zeit entsprechende weitverbreitete Hang nach technisch-konstruktiver Behandlung des Wirtschaftsganzen bemerkbar, der Wunsch nämlich, wie den Worten der Gegner zu entnehmen war, die Volkswirtschaft „mit Zirkel und Lineal“ zu organisieren. Die Verbindung von technischem Rationalismus mit der sozialistischen Gerechtigkeitsidee drängte zu einer Art „Staatssozialismus“, der die anarchische, Menschen und Güter verschwendende, ungezügelte Konkurrenzwirtschaft überwinden sollte, jedoch unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln³⁴.

Eng verknüpft mit diesem wirtschaftspolitischen Programm nicht verplanter Freiheit, sondern, wie man meinte, geplanter sozialer Symmetrie und staatlich organisierten Managements, um moderne Begriffsschöpfungen zu gebrauchen, sind Namen wie Walther Rathenau, Wichard v. Möllendorf und Rudolf Wissel³⁵. Rathenau, eine ebenso dynamische wie kreative Unternehmerpersönlichkeit mit politischem Weitblick, war noch als Chef der AEG fasziniert von der Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige zu einem einheitlich gelenkten ökonomischen Organismus. Wie sein Mitarbeiter Möllendorf lebte er in der Überzeugung, Wirtschaft sei nicht mehr Privatsache, sondern „Gemeinschaftssache“ und einer „gemeinwirtschaftlichen, zentralistischen Organisationskontrolle“ zu unterwerfen. Er glaubte aber ferner, daß mit der Macht des Staates und seiner materiellen Stärke auch seine ausgleichende Kraft wachse und damit „ein gleichmäßiger mittlerer Wohlstand“ entstünde, „der alle Stände durchdringt, Klassengegensätze ausgleicht und die Nation zur höchsten denkbaren Entfaltung ihrer geistigen und wirtschaftlichen Kräfte führt“.

Der Sozialist Wissel, dessen Sozialisierungsprogramm zwar auf schroffe Ablehnung stieß, war andererseits so weitsichtig, um zu erkennen, daß der Staat „kein geeigneter Träger der Wirtschaft“ sei. Die Furcht vor einer „Bolschewisierung“ der Wirtschaft erwies sich jedoch damals namentlich in Unternehmerkreisen stärker als die Ein-

³⁴ Röpke: Art. Planwirtschaft. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., a.a.O. S. 876—877.

³⁵ Vgl. hierzu Walther Rathenau: Gesammelte Schriften, Bd. 3 u. 5. Berlin 1918 u. 1919. — Wichard v. Moellendorf: Konservativer Sozialismus. Hamburg 1932. — Rudolf Wissel: Praktische Wirtschaftspolitik. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatlichen Wirtschaftsführung. Berlin 1919.

sicht, die politische Entscheidungsgewalt des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet durch ein qualifiziertes Gegengewicht zumindest in Form eines funktionsfähigen Wirtschaftsparlamentes zu begrenzen und zu kontrollieren. *Wissel* resignierte und demissionierte als Reichswirtschaftsminister. Die von ihm dem Reichskabinett vorgelegten Wirtschaftspläne wurden mißbilligt, und der Reichswirtschaftsrat entwickelte sich nicht zu einer starken, das Überwuchern von politischen Einflüssen unterbindenden „berufsständischen Vertretung“³⁶. Die erstrebte „Synthese zwischen Staat und Wirtschaft“ mißlang.

Damit war zugleich der erste Anlauf zu einer mit sozialistischem Ideengut durchwachsenen, sich auch auf die Friedenswirtschaft erstreckenden staatlich organisierten Planwirtschaft gescheitert. Das Wort Planwirtschaft, das sich übrigens zuerst und überaus rasch in den Kreisen der Gegner eingebürgert hatte³⁷, erhielt für Jahre und Jahrzehnte nicht nur in Deutschland den ideologischen Beigeschmack kommunistischer Zwangswirtschaft. Wer sich auch immer unumgänglicher planwirtschaftlicher Methoden bediente, vermied es tunlichst, das „Kind beim Namen“ zu nennen, weil Konservative und Neoliberale in aller Welt das Wort in Verruf gebracht haben³⁸.

IV. Rüstungs- und wehrwirtschaftliche Planung

Der entscheidende Anstoß zu einer praktisch verwirklichten staatlichen Lenkung der Volkswirtschaft ging im Rückblick auf die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts nicht primär von den das moderne Industriesystem idealisierenden sozialreformerischen Bestrebungen noch von der von *Marx* und *Engels* prognostizierten sozialistischen Planungskonzeption aus. Planung im modernen Sinne des Wortes entwickelte sich vielmehr aus praktischer Notwendigkeit zuerst in einem Staat und Industrie überaus eng verbindenden Bereich der Volkswirtschaft, nämlich, den Blicken der Öffentlichkeit zumeist entzogen, auf dem Gebiet der Rüstungswirtschaft. Der gegenwärtig viel diskutierte Amerikaner John Kenneth *Galbraith* erklärte in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“ mit Recht, daß im Verteidigungsbereich, daß auf dem riesige Geldmittel verschlingenden Terrain des Aufrüstens und Wettrüstens die Planung innerhalb des

³⁶ Vgl. auch Harry *Hauschildt*: Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920—1926. Denkschrift. Berlin 1926. — Fortsetzung 1926—1932. Berlin 1933.

³⁷ *Präsidium des Hansabundes für Handel, Industrie und Gewerbe* (Hrsg.): Kritisches zur Planwirtschaft. Berlin 1919. — Ludwig *Roselius*: Gegen die Zwangswirtschaft des Reichswirtschaftsministeriums. Berlin 1919. Demgegenüber Rudolf *Wissel*: Die Planwirtschaft. Hamburg 1920.

³⁸ John Kenneth *Galbraith*: Die moderne Industriegesellschaft. München/Zürich 1968. S. 35.

modernen Industriesystems ihre derzeit „höchst entwickelte Form“ erreicht habe³⁹. Die zeitlich terminierten Aufrüstungsprogramme der Großmächte unmittelbar nach der Jahrhundertwende bildeten den Anfang dieser Entwicklung, die in der staatlich dekretierten Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs ihre konsequente, sich sogleich zum *Weberschen* „Idealtypus“ steigernde Fortsetzung erfuhr⁴⁰. Der „Kriegsplan“, die „Mobilmachungspläne“ und die „Kriegsplanwirtschaft“ wurden zum historischen Vorgänger und Vorbild aller finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planungen während unseres Jahrhunderts.

Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, der aller Welt vor Augen führte, wie wenig die noch im 19. Jahrhundert festzustellende scharfe Trennungslinie zwischen den von der Armee getragenen Kriegshandlungen und dem davon kaum berührten Erwerbsleben der Bevölkerung auch für das Zeitalter „totaler Kriege“ ihre Gültigkeit hatte, wurde es nicht nur Sache des Staates, sich militärisch auf den Kriegsfall vorzubereiten, sich immer vordringlicher um Heer und Rüstung zu kümmern, sondern außerdem auch Vorbereitungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen. Inwieweit sich aber ein Staat in diesem Zusammenhang über „industrielle Mobilmachungspläne“ hinaus bereits zu Eingriffen in das Gefüge der Friedenswirtschaft entschloß, die sich an den Maßstäben der allein auf die Erzeugung des kriegsnotwendigen Bedarfs ausgerichteten Kriegswirtschaft orientierten, hing ebenso von seinen Rohstoffreserven und seinem Wirtschaftspotential ab wie von seiner außenpolitischen Situation, seiner Rolle im Konzert der internationalen Mächte und dem Ehrgeiz seiner nicht zuletzt von diesen Gegebenheiten beeinflussen außenpolitischen Zielsetzung.

Die Wesenszüge der alle friedenswirtschaftlichen Rentabilitätsvorstellungen ablehnenden Kriegswirtschaft wurden bezeichnenderweise nicht schon vor, sondern erst während und nach dem Kriege erkannt. *Max Weber* charakterisierte in seinem unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg konzipierten Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ die Kriegswirtschaft zutreffend als im Prinzip eindeutig zweckorientiert. Alle staatlichen Machtvollkommenheiten werden allein für diesen überragenden Zweck ausgenutzt. Das ökonomische Rationalitätsprinzip habe den ziemlich primitiven Erwägungen und Berechnungen nach dem Grenznutzenprinzip zu weichen. Man rechne technisch präzise in Quantitäten, aber nur grob ökonomisch. *Max Weber* wies schließlich

³⁹ *Galbraith*: a.a.O. S. 347.

⁴⁰ Vgl. hierzu vor allem Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I. Berlin 1930.

noch darauf hin, daß die Kriegswirtschaft belehrend auf die Erkenntnis ökonomischer Möglichkeiten wirke⁴¹.

Die Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs, die in Deutschland noch nicht nach einem einheitlichen Gesamtplan organisiert war, sondern allein aus administrativer Improvisation erwuchs, erfuhr nach dem Kriege ihre folgerichtige Weiterentwicklung in Theorie und Praxis. Vornehmlich in Deutschland bildete sich mit der sogenannten „Wehrwirtschaftslehre“ ein von vorgefaßten politischen Prämissen ausgehendes theoretisches System heraus, dessen wesentliche Leitsätze darauf hinausliefen, der Wirtschaft und namentlich der Industrie die Verpflichtung aufzuerlegen, sich durch produktionstechnische Vorbereitungen und Planungen auf „den Einsatz in der Kriegswirtschaft“ einzustellen⁴². Nicht der normale Zustand wirtschaftlichen Lebens, sondern die sich im Kriege offenbarende Anomalität wurde zur Zielsetzung gesamtwirtschaftlicher organisatorischer und planerischer Maßnahmen gemacht. Die von Staats wegen induzierte Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung galt letztlich dem bewußt einkalkulierten Fall einer „Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln“.

Befindet sich der Staat nicht oder in nur geringem Maße im Besitz der für die Rüstung wichtigen Industrien, so läßt sich eine niemals wirtschaftsendogene, sondern stets von außen zu zündende Rüstungskonjunktur nicht einfach anordnen, auch wenn etwa das „Dritte Reich“ für sich grundsätzlich in Anspruch nahm, die Wirtschaft habe sich an die Wege zu halten, die ihr vom Staat gewiesen werden⁴³. Zumindest die deutsche Rüstungskonjunktur der dreißiger Jahre hätte außerdem niemals das uns ungefähr bekannte Ausmaß erreicht⁴⁴,

⁴¹ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. 1. Halbband. Tübingen 1956. S. 57.

⁴² Die wichtigste Literatur: Otto Korfes: *Grundzüge der Wehrwirtschaftslehre*. Hamburg 1936. (Korfes, aktiver Offizier, war damals Lehrer an der Kriegsakademie, geriet als Generalmajor bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft, wurde Mitglied des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und war bis 1956 Generalmajor der „Kasernierten Volkspolizei“ in der SBZ). — Goetz Briefs: *Kriegswirtschaftslehre und Kriegswirtschaftspolitik*. Handw. d. Staatswissenschaften. 4. Aufl., Bd. 5 (1923) S. 984—1022. — Justus Schmitt: *Kriegswichtige Industrie im System der Wirtschaftspolitik*. Berlin 1937. — Erwin Rauscher: *Die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft*. Hamburg 1937. — Guido Fischer: *Wehrwirtschaft, Ihre Grundlagen und Theorien*. Leipzig 1936. — Hans Leonhardt: *Industrielle Wehrwirtschaft. Eine Einführung in die praktischen Probleme*. Berlin 1938. — Georg Thomas: *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918—1943/45)*. Boppard am Rhein 1966.

⁴³ Leonhardt: a.a.O. S. 18.

⁴⁴ Dazu vor allem René Erbe: *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 bis 1939 im Lichte der modernen Theorie*. Zürich 1958. S. 25 u. 39. — Ruth Andexel: *Imperialismus — Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus*. Berlin-Ost 1968. Sie stützt sich in einseitiger Auswahl auf die bei Erbe gebotenen Zahlenangaben.

würde sich der Staat lediglich darauf beschränkt haben, Jahr für Jahr höhere Geldmittel allein für den Waffenkauf und für Waffenlieferungsverträge bereitzustellen. Die deutsche auf den Kriegsfall gerichtete wehrwirtschaftliche Planung war viel weiter gespannt und erwies sich im Kern als ein sich von Jahr zu Jahr steigerndes staatliches Investitionsprogramm, das alle Bereiche von wehr- und rüstungswirtschaftlicher Bedeutung einbezog und damit den geplanten Zielsetzungen unterwarf. Die den Behörden des 1936 ins Leben gerufenen „Vierjahresplanes“⁴⁵ übertragene Rohstoff- und Materialplanung mit dem ökonomisch abwegigen und auch niemals erreichten Ziel einer „Autarkisierung“ der deutschen Volkswirtschaft bildete daher ebenso einen, wenn auch integrierenden Bestandteil des sich über mehrere Ressorts erstreckenden Systems nationalsozialistischer Wirtschaftsplanung wie die Aufrüstungs- und Beschaffungsprogramme der drei Waffengattungen der Wehrmacht, die zunächst dem Reichsarbeitsministerium obliegende Arbeitskräfteplanung und nicht zuletzt die Investitionsplanung des mit Reichsmitteln forcierten Wirtschafts- und Rüstungsaubaus.

Die durch wachsende Staatsinvestitionen ausgelöste deutsche Rüstungskonjunktur der Vorkriegszeit diente zwar, militärisch gesehen, Deutschlands Aufrüstung, war aber damit von Anbeginn unverkennbar politischen Prioritäten untergeordnet, so daß die im Dritten Reich praktizierte Wirtschaftsplanung nur eingebettet in das gegebene größere politische Bezugssystem verständlich wird, das in seiner diktatorischen Strukturierung ganz auf die Person Hitlers zugeschnitten war. Ohne dieses politische Bezugssystem wäre auch die durch politische und wirtschaftliche Mittel herbeigeführte und vielfach erzwungene Interessenharmonisierung zwischen Staat, privatem Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft kaum zustande gekommen, die neben der den allgemein üblichen Rahmen sprengenden Investitionsbereitschaft des Staates die zweite wesentliche Voraussetzung für eine von politischen Prämissen gesteuerte staatliche Wirtschaftslenkung bildete. Da ferner das staatliche Investitionsstreben nicht mehr mit den ordentlichen Haushaltseinnahmen zu befriedigen war und daher die Staatsschuld durch die Ausgabe von sogenannten Mefo-Wechseln⁴⁶ und von Steuergutscheinen, durch Vermehrung des umlaufenden Geldvolumens, durch Anleihen und durch eine von neomerkantilistischen Grundsätzen geleitete und bewußt erstrebte passive Außenhandels-

⁴⁵ Vgl. Wilhelm Treue: *Wirtschaft und Politik 1933–1945*. Braunschweig 1953. Und neuerdings (mit weiteren Literaturangaben) Dieter Petzina: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*. Stuttgart 1968.

⁴⁶ Warenwechsel mit unbegrenzter Rediskontzusage der Reichsbank, gezogen auf eine Metall-Forschungsgesellschaft und mit den Unterschriften von Krupp, Siemens, Rheinmetall usw. versehen.

und Zahlungsbilanz progressiv stieg, wurde es überdies zur Aufgabe des Staates, durch Verhängen eines Lohn- und Preisstopps, durch Zwangssparen, durch Geldabschöpfungen und insgesamt durch ein allmähliches Einfrieren des „wirtschaftlichen Rechnungssystems“ für ein Zurückstauen der durch die Ausgabenflut der öffentlichen Hand heraufbeschworenen Inflation zu sorgen.

Als sodann die Rüstungskonjunktur der Vorkriegszeit fast nahtlos in die Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs einmündete, multiplizierte sich verständlicherweise die Staatsschuld um so mehr, je stärker sich die Rüstungsendfertigung auf Kosten der zivilen Produktion ausdehnte und mit dem Jahre 1944 eine derartige Steigerung erfuhr, daß sie etwa die Hälfte der deutschen Industrieproduktion ausmachte⁴⁷. „Granaten, nicht Kosten werden vom Heere verlangt“⁴⁸. Dieser bereits 1918 im britischen Unterhaus gefallene Satz, der in England zum geflügelten Wort geworden war, sollte sich erneut im Zweiten Weltkrieg bestätigen. In der Güterproduktion für kriegerische Zwecke und für den kriegswirtschaftlichen Verbrauch spielte aber nicht nur die Kostenfrage eine untergeordnete Rolle, sondern man war sich von vornherein ebenso bewußt, daß sie sich nicht im „normalen“ Verlauf des Produktionsprozesses reproduzieren würde und, vom Standpunkt der Reproduktion betrachtet, reinen Verlust bedeute⁴⁹. Stieg auch die deutsche Industrieproduktion — im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg — nicht zuletzt dank des Funktionierens der staatlichen Lenkungssysteme bis 1943/44 noch weit über das Produktionsvolumen der Vorkriegszeit⁵⁰, so schlug sich auf der anderen Seite während des Krieges die „Wertezerstörung ohne Äquivalent“, die jeder Rüstungs- und Kriegswirtschaft wesenseigene „negative Reproduktion“, in einer sich auf fast 400 Milliarden RM belaufenden Staatsschuld nieder⁵¹, deren Auswirkungen freilich durch die außerordentliche Einschränkung des privaten Verbrauchs weitgehend abge-

⁴⁷ Hans Kehr: *Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie*. In: *Bilanz des Zweiten Weltkriegs*. Oldenburg/Hamburg 1953. S. 272.

⁴⁸ War Cabinet Report, 1918. S. 111.

⁴⁹ Vgl. Nikolai Bucharin: *Ökonomik der Transformationsperiode*. Hamburg 1922. S. 39 ff. — Mitte 1941 gab Hitler zu verstehen, daß man mit den autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sei, weil sie vor allem einen zu großen Menscheneinsatz erfordern. Es sei besser, das, was man nicht hat, aber benötigt, zu erobern. „Der Menscheneinsatz, der dazu einmalig notwendig ist, wird nicht so groß sein wie der Menscheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird.“ Zit. nach Hans-Adolf Jacobsen: 1939—1945. *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*. Darmstadt 1959. S. 230.

⁵⁰ Rolf Wagenführ: *Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945*. Berlin 1963. S. 12 u. a.

⁵¹ Stolper: a.a.O. S. 190. — Zur deutschen Kriegsfinanzierung vgl. ferner Willi A. Boelcke: *Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg*. Frankfurt/Main 1969.

schwächt wurden. Die Abwälzung der Staatsschuld auf die steuerzahlenden Bürger wurde aber um so selbstverständlicher, je mehr sich herausstellte, daß der ursprünglich gehegte Plan, Deutschlands Kriegsfinanzierung den eroberten und besetzten Gebieten aufzubürden⁵², mit dem deutschen militärischen Zusammenbruch zum Scheitern verurteilt war.

Politische, nicht wirtschaftliche Entscheidungen gaben mithin den Ausschlag, daß Deutschland nach 1933 den Weg einer straffen Wirtschaftslenkung beschritt und sie alsbald in den Dienst einer „unproduktiven“ Rüstungskonjunktur stellte. Politische Entscheidungen überschätzten und überforderten sodann während des Krieges die tatsächliche Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft ebenso wie der Wehrmacht Aufgaben gestellt wurden, die sie zu erfüllen nicht in der Lage war. Der Mißbrauch des Instrumentariums der Wirtschaftsplanung allein für politische Zwecke endete in einer wirtschaftlichen und militärischen Katastrophe, die damit beispielhaft den zur Wirklichkeit gewordenen Grenzfall einer vom politischen Diktat beherrschten Planwirtschaft demonstrierte. Die im politischen Programm der NSDAP geforderte wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland, der Zwang, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und nicht zuletzt die allein politisch motivierte Wiederaufrüstung und „Wehrfreiheit“ des Volkes führten Deutschland über eine frühzeitig staatlich kontrollierte Ein- und Ausfuhr, über eine völlig staatlich bestimmte Rohstoffbewirtschaftung und Investitionsplanung zu einer Wirtschaftsplanung, die schon vor und erst recht während des Krieges „einer Organisation des Mangels großen Stiles“ glich. Die im Kriege zu höchster Perfektion gelangte Planwirtschaft erwies sich mithin als geplante Mangelwirtschaft.

V. Die Bedingungssysteme der sozialistischen Planwirtschaft

Es fällt nicht schwer, zahlreiche handgreifliche Parallelen zu erkennen, die zwischen dem staatlichen Dirigismus der Kriegswirtschaft und dem sowjetischen Modell der sozialistischen Planwirtschaft bestanden und sich noch bis zum heutigen Tage aufdrängen. Die gemeinsamen Kriterien, die die sozialistische Planwirtschaft beginnend mit dem ersten im Oktober 1928 angelaufenen sowjetischen „Fünfjahrplan“ kennzeichnen, lassen in der Tat die sozialistische Planwirtschaft zu einer Art „Zwillingsschwester“ der über ein Jahrzehnt älte-

⁵² Vgl. Henry Picker (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942. Bonn 1951. S. 136.

ren Kriegswirtschaft werden⁵³. Beiden gemeinsam ist auf den ersten Blick:

1. die allein vom Staat gesetzte wirtschaftliche Zweckbestimmung, gleichgültig, welcher Argumente man sich auch immer zu ihrer Rechtfertigung bediente;

2. die sich trotz aller Bemühungen um eine „wirtschaftliche Rechnungsführung“ aufdrängende Quantitätsbezogenheit innerhalb der Güterproduktion; der güterwirtschaftliche, nicht der stets problematische monetäre Aspekt tritt in den Vordergrund;

3. die permanent beschränkte Bedarfsdeckung im Konsumbereich, die zudem gekoppelt ist mit den verschiedensten Formen staatlicher „Geldabschöpfung“;

4. der nicht zuletzt als Folge der militärischen Aufrüstung bedingte Primat der Grundstoff-, Schwer- und Investitionsgüterindustrie.

In der Selbstdarstellung der „politischen Ökonomie des Sozialismus“ treten freilich diese Kriterien weniger deutlich in Erscheinung⁵⁴. Dessenungeachtet hat die kommunistische Wirtschaftstheorie bislang noch keine einheitliche Definition der sozialistischen Planwirtschaft hervorgebracht. Im allgemeinen läßt man es mit einer vielversprechenden Umschreibung der Ziele und Zwecke bewenden, die man mit Mitteln der Planwirtschaft zu erreichen suche oder koordinieren wolle. Doch die häufig Wunschdenken reflektierenden Zielsetzungen, denen angeblich die sozialistische Planwirtschaft zu dienen habe, eignen sich kaum für eine definitorische Charakterisierung, da sie letztlich, wie bereits Alfred Müller-Armack bemerkte, auf „propagandistisch gewählte Selbstcharakterisierungen“ hinauslaufen, auf die alle Wirtschaftsordnungen gleichermaßen Anspruch erheben⁵⁵. Von allgemeinen Zielsetzungen ausgehende Selbstcharakterisierungen verweisen die typisierenden Unterschiede.

Zur Charakterisierung des sozialistischen Wirtschaftssystems dient hingegen der westlichen Wirtschaftstheorie schon seit einiger Zeit die

⁵³ Dem steht durchaus nicht entgegen, wenn beispielsweise *Stalin* die Kriegswirtschaft von der sozialistischen Planwirtschaft unterschieden wissen will. Vgl. Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 518 u. 681.

⁵⁴ Vgl. neuerdings dazu besonders das vierbändige Werk Sozialistisches Wirtschaftssystem. Hrsg. vom Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau. Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems; Bd. 2: Die Grundzüge und Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Weltwirtschaftssystems; Bd. 3: Die internationale Arbeitsteilung und die Standortverteilung der Produktion; Bd. 4: Entwicklungsstand und Perspektiven der einzelnen Länder des sozialistischen Weltwirtschaftssystems. Berlin-Ost 1967–1968.

⁵⁵ Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Freiburg 1966. S. 29.

Euckensche Systematik. Unter Wirtschaftssystemen versteht Walter *Eucken* ganz allgemein Grenzfälle konkreter Ordnungsformen, die auf kontradiktorischem Gegensatz beruhen und die Merkmale von „Ideal-typen“ im Sinne Max Webers aufweisen. Es war *Euckens* Ziel, die „reinen, idealtypischen Wirtschaftsformen“ aufzudecken und zu bestimmen, „aus denen sich in Gegenwart und Vergangenheit die konkreten Wirtschaftsordnungen zusammensetzten und zusammensetzen“⁵⁶. In der „zentralgeleiteten Wirtschaft“ und in der „Verkehrswirtschaft“ sieht die *Euckensche* Morphologie letztlich die zwei gegensätzlichen konstitutiven Grundformen wirtschaftlicher Modellbildungen⁵⁷. Als eine von vier idealtypischen Varianten zentralgeleiteter Wirtschaft nennt sodann *Eucken*, bewußt „pointierend“, die „Zentralverwaltungswirtschaft mit relativer Konsumwahl“, deren Systemkriterien wohl am ehesten auf das kommunistische Wirtschaftssystem zutreffen, wenn es überhaupt möglich ist, idealtypische Vereinfachungen auf historisch-individuelle Realtypen anzuwenden. *Eucken* fügte seinen Ausführungen zur Zentralverwaltungswirtschaft noch ergänzend hinzu, daß große zentralgeleitete Wirtschaftskörper „in völlig reiner Ausprägung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, weil eine genaue Wirtschaftsrechnung“ in ihnen unmöglich sei. Er überschätzte jedoch die Schwierigkeiten. Sein Schüler Paul *Hensel* erbrachte im Gegensatz zur Auffassung seines Lehrers in seiner in erster Auflage 1954 erschienenen „Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft“⁵⁸ zumindest am idealtypischen Modell den Nachweis, daß eine ökonomisch zureichende Wirtschaftsrechnung in diesem Lenkungssystem durchaus denkbar sei.

Morphologische Gebilde wie die Formen der Geldwirtschaft, des Marktes, der Preisbildung oder der Wirtschaftsrechnung determinieren jedoch nur teilweise die ordnungspolitische und rechtliche Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundsysteme⁵⁹. Wenn daher viele Ökonomen in Ost und West seit Jahrzehnten die Preisbildung bzw. die Wirtschaftsrechnung und überhaupt die Frage des Marktes für das Problem des Sozialismus par excellence halten und ihrer Lösung eine überaus große Bedeutung beilegen, so ist darin nicht nur eine wenig

⁵⁶ Walter *Eucken*: Grundlagen der Nationalökonomie. 6. Aufl. Berlin/Göttingen/Heidelberg 1950. S. 72.

⁵⁷ *Eucken*: a.a.O. S. 79 ff.

⁵⁸ K. Paul *Hensel*: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung. 2. Aufl. Stuttgart 1959. — Ferner zu den Systemkriterien: Joachim *Hoffmann*: Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der SBZ. Frankfurt a. Main/Berlin/Bonn/München 1966.

⁵⁹ Vgl. dazu K. Paul *Hensel*: Art. Planwirtschaft. In: HdSw. Bd. 8. Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1964. S. 327.

glückliche Einengung ökonomischer Forschung zu sehen⁶⁰, sondern darüber hinaus ein bewußtes Verkennen der elementaren Bedeutung der politisch-rechtlichen Bedingungssysteme für die Ordnungsformen des wirtschaftlichen Handelns. Es hieße die Verhältnisse auf den Kopf stellen, wollte man namentlich im Sozialismus in den durchaus in unterschiedlicher Weise zu kombinierenden wirtschaftlichen Ordnungsformen die alleinige Ursache für ein mögliches Nichtfunktionieren des Wirtschaftsablaufs erblicken, anstatt sie in der gegebenen Konstruktion der Rechts- und Staatsordnung zu suchen, die schließlich diese Ordnungsformen bedingt und ermöglicht hat und sich ihrer zumeist bewußt bedient.

In diesem Zusammenhang stellt sich ebenfalls die Frage, ob der wirtschaftliche Ordnungstypus „Zentralverwaltungswirtschaft“, der als Begriff bezeichnenderweise zuerst bezogen auf die Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs geprägt wurde⁶¹, überhaupt genügt, um das der Entscheidungsgewalt einer politischen Zentralinstanz unterworfenen sozialistische Wirtschaftssystem hinreichend zu charakterisieren. Immerhin hat die seit über drei Jahrzehnten über die *Euckensche* Systematik geführte wissenschaftliche Diskussion, begonnen etwa von *Erich Preiser*⁶² bis hin zu *Hans Ritschl*⁶³, ergeben, daß die realen Wirtschaftsformen in jedem Fall kaum durch eine Verbindung der reinen konstitutiven Grundformen *Euckens* hinreichend exakt zu deuten seien. Daran anknüpfend hat *Norbert Klotten* neuerdings mit Recht nahegelegt, zur Charakteristik realer Wirtschaftsordnungen neben den reinen Formelementen bestimmende Kriterien zu erfassen, die uns zu den Realtypen konkreter Ordnungsformen hinführen⁶⁴. Fast die gleichen Argumente, mit denen *Eucken* seine Ablehnung einer Typisierung der konkreten Wirtschaft durch „Wirtschaftsstile“ begründete, richten sich nunmehr gegen seine eigene Formenlehre, weil sie in ihrer übergroßen idealtypischen Vereinfachung die Verknüpfung der jeweiligen Wirtschaftsordnung mit dem politischen, sozialen und geistigen Sein nicht in dem unbedingt notwendigen Maße zum Ausdruck bringt.

Grundlage realtypischer Orientierung kann daher niemals allein die Art und Weise der Wirtschaftsführung sein, die Typisierung als

⁶⁰ *Dobb*: Organisierter Kapitalismus, a.a.O. S. 7.

⁶¹ *Otto Neurath*: Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft. München 1919. S. 149–150.

⁶² *Erich Preiser*: Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem und Wirtschaftsstil. Schmollers Jahrbuch. Jg. 64 (1940) S. 87.

⁶³ Vgl. *Hans Ritschl*: Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung. Gesammelte Aufsätze zur Lehre von der Wirtschaftsordnung. Tübingen 1954. S. 119 ff.

⁶⁴ *Norbert Klotten*: Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ordo, Bd. 7 (1955) S. 123–143.

öffentliche oder private Wirtschaftsführung, als zentralgeleitete oder Verkehrswirtschaft. Es bedarf nicht minder auch der Kennzeichnung des Rechtscharakters der Eigentumsverhältnisse als eines Originärkriteriums. Schon *Eucken* ging übrigens in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik in auffallend stärkerem Maße auf das Verhältnis zwischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung ein⁶⁵, als es in seinen Grundlagen der Nationalökonomie der Fall war. Ebenso wie Kombinationen zwischen Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung abzuleiten sind, bestehen ferner kausale Zusammenhänge zwischen der jeweiligen Gestaltung staatlicher Herrschaftsstrukturen und den herrschenden Wirtschaftssystemen. Die empirische Relevanz dieser Kausalität, neuerdings am politischen und wirtschaftlichen Umformungsprozeß während des „Prager Frühlings“ von 1968 sichtbar geworden, ist mithin zur Charakteristik von Wirtschaftssystemen als drittes Kriterium in Rechnung zu stellen. Die *Euckensche* Systematik ist demnach durch eine Strukturanalyse zu ergänzen, die ebenso die Frage der Eigentumsformen, seit *Adolph Wagner* in der deutschen Wirtschaftstheorie kaum mehr systematisch behandelt⁶⁶, wie die Komplexität der politischen Machtstrukturen einbezieht, um dadurch neue, umfassendere Ansätze für eine Deutung des Sozialismus und seiner Wirtschaftsordnung zu gewinnen. Wenn man ferner in Anlehnung an *Hensel* Wirtschaftssystem definiert als Kombination bestehender Bedingungssysteme mit einem ihnen adäquaten Planungssystem, so ergibt sich auch von selbst, daß es wissenschaftlich nicht haltbar ist, nur etwa von Planwirtschaft schlechthin zu sprechen. Das Wort Planwirtschaft sollte vielmehr, wie bereits *Hensel* forderte, „nur zusammen mit einem Adjektiv verwendet werden, mit dem die gemeinte Art von Planwirtschaft zu bezeichnen ist“⁶⁷. Zur Charakterisierung der Planwirtschaft ist das jeweilige Bedingungssystem entscheidend.

Das für die sozialistische Planwirtschaft des nach wie vor vorherrschenden sowjetischen Typs entscheidende Bedingungssystem ist namentlich durch die Kombination von zwei elementaren politisch-sozialen Strukturformen gekennzeichnet:

1. durch das Vorhandensein eines totalitären Herrschaftssystems oder präziser, anknüpfend an *Raymon Aron*, durch das Vorhanden-

⁶⁵ Walter *Eucken*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Düsseldorf/München 1960. S. 104 u. 271 ff.

⁶⁶ *Adolph Wagner*: Grundlegung der politischen Ökonomie. Leipzig 1894. S. 181 ff.; ferner *Ritschl*: a.a.O. S. 15 f.

⁶⁷ *Hensel*: Planwirtschaft, a.a.O. S. 325.

sein der diktatorischen Gewalt eines „monopolistischen Partei-regimes“⁶⁸ und

2. durch die Umwandlung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln in öffentliches Eigentum, d. h. durch die damit geschaffene Dominanz des zwar rechtlich nuancierten staatlich-kollektiven Eigentums in der Sphäre der Produktion, des Verkehrs und des Handels.

Zentralgeleitete Wirtschaften, in denen in der Praxis stets der Zentralplan den Wirtschaftsablauf determiniert, setzen prinzipiell die Priorität einer politischen Planungsgewalt voraus. Im sozialistischen Wirtschaftssystem liegt in erster Linie die Legitimation für die Existenz von Planungsbehörden und für ihre Tätigkeit in der Parteidiktatur begründet, die sich bis vor kurzem als Diktatur des Proletariats oder auch als Diktatur der Arbeiter und Bauern ausgab und uns jetzt im neuen, aber im Grunde unveränderten Gewande eines „allgemeinen Volksstaates“ entgegentritt⁶⁹. Der allein ideologisch motivierte Führungsanspruch der kommunistischen Parteien legitimiert die Parteidiktatur und zugleich die von der Führungsspitze beanspruchte politische Planungsgewalt. Die gesamte Wirtschaftsverwaltung bildet demnach ein wesentliches Triebrad im Räderwerk der Diktatur, die die zentrale Wirtschaftslenkung zu einem Monopol des Staates und damit zu einem Bestandteil der Staatshoheit machte. In der Konsequenz führte die Verklammerung der Wirtschaftslenkung mit der Staatsgewalt dazu, daß die zeitlich terminierten Volkswirtschaftspläne zu anscheinend „parlamentarisch“ verabschiedeten Gesetzen erhoben wurden und auf diese Weise die gesetzten Planziele sowie die damit verbundenen Anweisungen den Charakter einer allgemein verbindlichen Rechtsordnung erhielten. Die kommunistische Parteidiktatur hat sich ein ihren jeweiligen Zwecken und Zielen angemessenes und daher in gewissen Grenzen durchaus wandelbares Planungssystem geschaffen, wie umgekehrt ein solches Planungssystem für sein Funktionieren eine totalitäre oder mindestens weitgehend autoritäre Staatsordnung voraussetzt⁷⁰.

Die in allen sozialistischen Staaten durch Verstaatlichung bzw. Nationalisierung sowie durch Kollektivierung vollzogene Lösung der

⁶⁸ Raymond Aron: *Démocratie et totalitarisme*. Paris 1965. S. 223 ff. — Zu den kommunistischen Herrschaftsformen ferner Martin Jänicke: *Monopolismus und Pluralismus im kommunistischen Herrschaftssystem*. Zeitschrift f. Politik. 14. Jg. (1967) Heft 2. S. 150—161.

⁶⁹ Vgl. Boris Meissner: In: Boettcher, Thalheim (Hrsg.): *Planungsprobleme*, a.a.O. S. 25.

⁷⁰ Vgl. Karl C. Thalheim: *Die Unterschiede zwischen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und marktwirtschaftsorganisierten Volkswirtschaften*. In: *Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in der Welt*, a.a.O. S. 28 u. 33.

Eigentumsfrage verlangt andererseits geradezu eine zentrale wirtschaftliche Lenkung und Planung, will sich der kommunistische Staat in seinem derzeitigen Gefüge als entscheidender politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor nicht selbst aufgeben. Da zudem mit dem Übergang zum Vollkommunismus nicht wirtschaftlich flexible genossenschaftliche Eigentumsformen vorgesehen sind, sondern die Entwicklung namentlich in der Sowjetunion auf eine sukzessive Mehrung des unmittelbaren Staatseigentums hinausläuft, ist nicht mit einem Abbau des herkömmlichen staatlichen Wirtschaftsdirigismus zu rechnen, sondern eher mit einer Stärkung des staatlichen Einflusses, der durch eine „Dezentralisierung“ der Entscheidungsvollmachten und Verantwortlichkeiten keinesfalls gemindert wird. Diese unverkennbare kausale Abhängigkeit zwischen den Eigentumsverhältnissen und dem Planungssystem hat der ältere *Eucken* stärker in den Vordergrund gerückt, ohne allerdings auch die gleichzeitige Bindung an den jeweiligen Charakter der Staatsgewalt und ihres Apparates zu betonen, indem er feststellte: „Übernimmt der Staat große Teile des Produktionsapparates in Kollektiveigentum, so wird er zu einer Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses gezwungen“⁷¹.“ Wenigstens in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Erkenntnisse der westlichen Forschung kaum von den seit Jahrzehnten in der kommunistischen Welt zum Schulwissen gewordenen Hauptlehrsätzen der „politischen Ökonomie des Sozialismus“. Für sie machte die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Schaffung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln die sozialistische Planwirtschaft nicht nur möglich, sondern auch notwendig. In der jetzt noch „gültigen“ 4. Auflage des „Lehrbuchs der politischen Ökonomie“ heißt es ferner: Der sozialistische Staat sei „unerläßliche“ Voraussetzung dafür, daß die sozialistische Gesellschaft die Bewegungsgesetze der sozialistischen Ökonomie auf dem Wege zum Kommunismus ausnutzt; jede Spontaneität, jeder Selbstlauf seien unvereinbar mit dem Bestehen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln⁷².

Besteht in der sozialistischen Staatenwelt für die zwecksetzende monopolistische Parteidiktatur, deren politische und wirtschaftliche Macht sich aus der Umwälzung der überkommenen Eigentumsverhältnisse vor allem herleitet, immerhin ein erkennbarer ökonomischer Zwang, den Weg einer zentralgeleiteten Wirtschaftsplanung zu suchen und zu beschreiten, so ergab sich die während des Nationalsozialismus in Deutschland praktizierte Wirtschaftsplanung dagegen weder aus der Eigentumsordnung noch aus zwingenden wirtschaftlichen Über-

⁷¹ *Eucken*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O. S. 137 u. 275. -- Zur Information über die Eigentumsverhältnisse: Das Eigentum im Ostblock. Berlin 1958.

⁷² Politische Ökonomie, Lehrbuch. 4. Aufl. Berlin-Ost 1965. S. 481 u. 489.

legungen, sondern wurde allein von der Parteidiktatur im Interesse ihrer ideologisch-politischen Zielsetzungen verwirklicht. Zur Realisierung der Wirtschaftslenkung im Dritten Reich, die zwangsläufig ihren Höhepunkt in der Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs erreichte, war jedoch das mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln durchgesetzte wirtschaftspolitische Supremat des Staates gegenüber andersgerichteten, divergierenden Interessen des privaten Unternehmertums unabdingbare Voraussetzung.

Unter ähnlichen Vorzeichen stand die wenn auch nicht mit gleicher Konsequenz praktizierte Wirtschaftsplanung im faschistischen Italien und teilweise auch die des japanischen „Verteidigungsstaates“ der 30er und 40er Jahre. Manschukuo bildete nach 1931 für die Japaner zunächst das geeignete Versuchsobjekt, um ihre Ideen von der Planwirtschaft zu verwirklichen, die sie sodann, nachdem ein neues Verhältnis zwischen Regierung, Handel und Industrie entstanden war, auch auf das Mutterland übertrugen. Da man vor allem trotz aller Gebundenheit an eine militaristische und staatssozialistische Ideenwelt Wirtschaftstheorien mit pragmatischer Vernunft anzuwenden wußte, gelang ein spektakulärer Aufschwung der Wirtschaft. Zwischen 1931 und 1936 wurde der japanische Export immerhin verdoppelt, doch bekam der japanische Normalverbraucher wegen der gleichzeitig steigenden Verteidigungslasten vom wirtschaftlichen Wiederaufstieg seines Landes wenig zu spüren. Andererseits folgte in Japan — im Gegensatz zur Sowjetunion, zu Deutschland und Italien — die Durchsetzung einer Kriegsplanwirtschaft nicht der bereits Jahre zuvor vollzogenen Ausschaltung des parlamentarischen Regierungssystems, sondern erst nach der Bildung einer parlamentarisch nicht kontrollierten Planungskommission durch ein allgemeines Mobilisierungsgesetz vom März 1938 war der Untergang des japanischen Parlamentarismus nicht mehr aufzuhalten⁷³. Die Planungskommission besaß auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet die hinreichenden Sondervollmachten, um in Japan eine Planwirtschaft des „organisierten Mangels“ einzuführen.

Ob nun das Streben nach militärischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit oder nach außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Expansion auf eine stärkere Planung der Binnenwirtschaft hinwirkte, in jedem Falle traten wirtschaftliches Management und politische Macht unter den Bedingungen des modernen Industriesystems in überaus enge Beziehungen zueinander, um streckenweise sogar miteinander zu verschmelzen. Als Subjekt der Planung bot und bietet sich der

⁷³ Vgl. u. a. John Witney Hall: Das Japanische Kaiserreich. Frankfurt/Main 1968. S. 320—335.

politischen Führung vor allem die Möglichkeit, mit Mitteln der Planung Wirtschaft und Gesellschaft zu manipulieren und in die Planung einen Überschuß an apriorisch gefaßten, ideologischen Überzeugungen einfließen zu lassen, für die eine rationale Wirtschaftsbetrachtung keine Rechtfertigung erbringt. Der Planung wurden allzu oft Maßstäbe gesetzt, die außerhalb der Reichweite ihrer Möglichkeiten liegen⁷⁴.

VI. Planziele

Die definitorischen Kriterien der sozialistischen Planwirtschaft ergeben sich in erster Linie aus den mit ihr verfolgten politisch-wirtschaftlichen Zwecken bzw. aus der Summe ihrer Funktionen. Es genügt daher nicht, die Planung innerhalb der sozialistischen Wirtschaftsordnung, da sie stets eingeordnet in ein Bezugssystem politischer, ideologischer und ökonomischer Komplexität zu sehen ist, ganz allgemein als die Summe aller ökonomischen Entscheidungen⁷⁵ oder noch knapper als die Summe von Befehlen⁷⁶ zu definieren. Weit präziser formulierten Ostberliner Wirtschaftswissenschaftler, die in der Planung das „Hauptmittel der aktiven Einflußnahme des sozialistischen Staates auf die Stärkung und Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ erblicken⁷⁷, wenngleich sie damit eigentlich nur eine Seite der Planung im Sozialismus ansprechen. Im allgemeinen erfüllt Wirtschaftsplanung zweierlei voneinander zu sondernde Aufgaben, die jedoch zugleich auch in ihrem Zusammenwirken zu begreifen sind⁷⁸: Die eine ihrer Aufgaben ist die Planung des wirtschaftlichen Geschehens, die Planung der Produktion, des Verbrauchs usw. Die andere Aufgabe bezieht sich hingegen auf das in der oben zitierten Definition angesprochene Bedingungssystem wirtschaftlichen Handelns. Geplant werden ebenfalls die Gestaltungsprinzipien der Wirtschaftsordnung und die gewollten wirtschaftlichen und sonstigen Lenkungenfunktionen. Die sozialistische Planwirtschaft hat insgesamt die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich in der Aufeinanderfolge der Produktionsabschnitte nicht nur die Elemente des Produktionsprozesses, sondern auch die „sozialistischen Produktionsverhältnisse“, die gewollten Bedingungssysteme „erweitert reproduzieren“. Welche Produktionszweige indes zu erweitern sind, wie die Leitungssysteme wirksam werden, welche Ziele ihnen gesetzt werden und mit welchen

⁷⁴ Vgl. *Kaiser*: Planung, I, a.a.O. S. 18–22.

⁷⁵ *Ökonomisches Lexikon A–Z*. Berlin-Ost 1966. S. 372.

⁷⁶ *Thalheim*: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, a.a.O. S. 71.

⁷⁷ *Grundriß der Volkswirtschaftsplanung*. Berlin-Ost 1957. S. 24–25.

⁷⁸ *Hensel*: Planwirtschaft, a.a.O. S. 325.

Methoden sie zu erreichen sind, alles das entsprang und entspringt wesentlich der Antriebswelt politischer und ideologischer Motivationen.

Hat sich auch die Ideologiegebundenheit des Sowjetsystems und der „volksdemokratischen Ordnungen“ seit *Stalins* Tod, also seit 1953, allmählich verringert und sind auch im Wirtschaftsleben manche Forderungen ökonomischer Rationalität durchgesetzt worden⁷⁹, so behielten doch bestimmte, entscheidende Grundprinzipien des Sowjetsystems den Charakter unantastbarer Dogmen und galten daher auch in den Reformdiskussionen weitgehend als Tabus. Alle Reformen, die die Machtentfaltung und den Totalitätsanspruch der Staatsgewalt bzw. der Parteidiktatur und ihre Führungsrolle möglicherweise einschränken könnten, die ferner den Primat des staatlich-sozialistischen Eigentums zugunsten anderer Eigentumsformen aufweichen und die schließlich die behauptete absolute Überlegenheit der zentralgeplanten Wirtschaft ernstlich in Frage stellen würden, standen daher im sowjetischen Machtbereich von vornherein außerhalb jeder Diskussion⁸⁰. So sehr auch jeder Ideologie eine gewisse Elastizität anhaftet, die Grundpfeiler des alten Systems und seine Bedingungskonstellationen behielten nach wie vor den Rang gesellschaftspolitischer Glaubenssätze, an denen auch die „extremen Reformer“ nicht vorbeikamen. Eine Rezeption verkehrswirtschaftlicher Prinzipien und Ideen fand daher auch mehr im ideologie- und systemneutralen Bereich des wirtschaftlichen Instrumentariums statt⁸¹. Die ökonomische Willensbildung blieb Sache des Planes und damit Sache des politischen Befehlsorganes. Für reformerische Umgestaltungen blieb in der Hauptsache nur Raum im mikroökonomischen Bereich der theoretischen und angewandten Betriebslehre, d. h. im Rahmen der sozialistischen Betriebsökonomie⁸².

Die kommunistische Ideologie erwuchs in der Auseinandersetzung mit den Ordnungsvorstellungen der bürgerlichen Welt. Sie verschmolz uralte menschliche Wunschträume mit Ressentiments und mit den mannigfaltigsten Verheißungen, um Menschen in Bewegung zu brin-

⁷⁹ Mit Nachdruck verwies auf diese Entwicklung *Boettcher*: Sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, a.a.O. S. 160 ff. — Hierzu ferner Hans Jörg *Pommer*: Politik und Wirtschaft im Sowjetblock. Mainz 1966.

⁸⁰ Vgl. auch *Thalheim*: Unterschiede zwischen Zentralverwaltungs- und Marktwirtschaft, a.a.O. S. 12.

⁸¹ *Linder*: a.a.O. S. 6.

⁸² Typisch dafür ist das seit Jahren unverkennbare Übergewicht betriebswirtschaftlicher Themen unter dem wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum. Von den Neuerscheinungen seien wenigstens genannt: Betriebsökonomik-Industrie. Teil 1. 3. Aufl. Berlin-Ost 1968. Betriebsökonomik-Industrie. Teil 2. 4. Aufl. Berlin-Ost 1968. — Effektivitätsrechnung für neue Erzeugnisse. Berlin-Ost 1968. — Martin *Sturm*: Der optimale Plan der Umlaufmittel. Berlin-Ost 1968. — Grundfragen der Industriepreisbildung. Berlin-Ost 1968. — Eberhard *Seifert* u. a.: Der Gewinn der volkseigenen Industrie. Berlin-Ost 1968.

gen, mit ihrer Hilfe alte Ordnungsvorstellungen zu überwinden und eine neue Gesellschaftsordnung zu etablieren. Die Ideologie heiligte Zweck und Mittel und hat diese Funktion bisher nicht eingebüßt, zumal ihr mit der Zeit als zusätzliche Aufgabe die politisch-propagandistische Legitimation, die Loyalisierung des bestehenden kommunistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems zufiel⁸³. Die mit der kommunistischen Klassenkampfadeologie untrennbar verbundenen Freund-Feind-Vorstellungen gehören aber nicht etwa nur zum Arsenal propagandistischer Schlagworte, sondern bilden nach wie vor ein Kernstück politischer und auch wirtschaftlicher Programmatik. Die zentrale Wirtschaftsplanung in der kommunistischen Staatenwelt verfolgte und verfolgt auch heute noch über die erstrebte wirtschaftliche, zumindest gegenüber den westlichen Industrienationen nahezu autarke Unabhängigkeit hinaus das Ziel, letztlich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine weltweite Verschiebung des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus zu schaffen. Ausgedrückt beispielsweise in den Worten von Ostberliner Wirtschaftstheoretikern: „Der Perspektivplan zeigt, welches Niveau die DDR künftig erreichen muß, um als Teil des sozialistischen Weltsystems in der ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus erfolgreich bestehen zu können⁸⁴.“ Ebenso entsprach es dem Ostberliner Antithesen-Denken, wenn man nun schon seit den 50er Jahren das wirtschaftliche Niveau Westdeutschlands zu erreichen und zu überrunden zum politischen Planziel machte⁸⁵, ungeachtet der Gefahr, bei Nichterreichen des Zieles weiteren Kredit zu verspielen.

Weniger evident ist demgegenüber der ebenfalls ideologische Stellenwert der zuerst 1952 von *Stalin* formulierten und seitdem eigentlich nur in eine der Realität angemessenere Form gekleideten „ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus“⁸⁶. Deutlich erkennbar ist freilich ihr ebenso wunschildhaft-propagandistischer wie teilweise wirtschaftspolitische Allgemeinplätze referierender Inhalt, sieht doch das „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“ ihre charakteristischen Wesenszüge „in der ununterbrochenen Erweiterung und Vervoll-

⁸³ Vgl. Werner Bosch: Marktwirtschaft — Befehlswirtschaft. Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland. Heidelberg 1960. S. 32—34. — Boettcher: Sowjetische Wirtschaftspolitik, a.a.O. S. 255—278.

⁸⁴ Wolfgang Berger u. Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des Neuen Ökonomischen Systems. Berlin-Ost 1966. S. 46. — Grundsätzlich zur Problematik der Planung und zum Wettlauf der Planungssysteme: Der Griff nach der Zukunft. München/Wien/Basel 1964. — Wege ins neue Jahrtausend, Wettkampf der Planungen in Ost und West. München/Wien/Basel 1964.

⁸⁵ Vgl. u. a. Gleitze: Siebenjahrplan, a.a.O. S. 6.

⁸⁶ Josef Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin-Ost 1952.

kommung der Produktion auf der Basis der führenden Technik und der sozialistischen Zusammenarbeit zur möglichst vollständigen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft“⁸⁷. Stellen auch die neuformulierten „ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus“ nicht mehr eine noch von *Stalin* prophezeite sozialistische Überflußgesellschaft mit „maximaler Befriedigung“ der Bedürfnisse in nahe Aussicht, so bilden sie dennoch ein überaus konstitutives Element des sozialistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems. Sie nämlich erlauben den anscheinend wissenschaftlichen Brückenschlag zwischen Wirtschaft und Politik, indem sie der Partei bzw. der Parteispitze die Rolle der Führungsinstanz zuweisen, weil von ihr behauptet wird, sie allein würde die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus erkennen und biete daher die alleinige Gewähr ihrer folgerichtigen Anwendung.

Wie auch immer in der Geschichte des Sozialismus durch eine vorgeblich wissenschaftliche Weltanschauung Wirtschaft und Politik, Partei und Plan ideologisch miteinander in Beziehung gebracht und verklammert wurden, stets wurde damit die Absicht verfolgt, den letztlich Vorrang politischer und ideologischer Zielsetzungen vor allem rein ökonomischen Zweckmäßigkeiten zu gewährleisten. Die sozialistischen Volkswirtschaftspläne dienen daher der Kräftenobilisierung schlechthin mit dem Ziel, nicht nur wirtschaftliche Aufgaben der Bedarfsdeckung, sondern auch alle denkbaren politischen, rüstungswirtschaftlichen und zudem militärischen Aufgaben um so besser lösen zu können. Die erst neuerdings allzu offensichtlich gewordene Überrundung der amerikanischen Raumfahrttechnik durch die Sowjetunion, wodurch für das militärische Gleichgewicht in der Welt sicher schwerwiegende Konsequenzen erwachsen, bildet nur ein von der Politik in der Vergangenheit hartnäckig verfolgtes und gegenwärtig erreichtes Ziel. Prognostizierten *Marx* und *Engels* noch eine sozialistische Gesellschaft, in der der sachkundigen Verwaltung von Produktionsprozessen der Vorrang zukomme, und sah ferner *Lenin* in einer erst kürzlich bekanntgewordenen Niederschrift aus dem Jahre 1918 das Wesen der sozialistischen Gesellschaft darin, „daß politische Aufgaben im Verhältnis zu wirtschaftlichen eine untergeordnete

⁸⁷ Politische Ökonomie, Lehrbuch, a.a.O. S. 469—490. Als wichtigste „ökonomische Gesetze“ gelten neben dem „ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus“ das „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“, das „Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität“, das „Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung“ und das „Gesetz der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder“. Aus östlicher Sicht vgl. Erich *Apel* u. Günter *Mittag*: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin-Ost 1964.

Stellung einnehmen“ würden⁸⁸, so geriet die sowjetische Wirtschaftsplanung unter *Stalin* zwangsläufig in jenes erdrückende politische Kräftefeld, das dem selbständigen Erfordernis ökonomisch rationaler Wirtschaftsführung erst seit 1962/63 ganz allmählich Rechnung zu tragen begann.

Der Plan war unter *Stalin* zum politischen Programm geworden, zur wirtschaftlichen Willensverkörperung der Parteidiktatur. Vor dem stets betonten Hauptziel der Planung, der Errichtung der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft, rangierten daher als ihre unmittelbaren Hauptaufgaben die „Sicherung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Sowjetunion gegenüber der kapitalistischen Umwelt“ sowie die „Sicherung der uneingeschränkten Herrschaft“ des sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Ihnen gegenüber traten die im älteren sowjetischen Schrifttum vielzitierten und zu vermeidenden „Disproportionalitäten innerhalb der Wirtschaft“ als dritte Hauptaufgabe mehr in den Hintergrund und wurden andererseits, wenn möglich, in Kauf genommen, falls der Plan seine ersten beiden Hauptaufgaben im großen und ganzen zu erfüllen imstande war. Es scheint fast, daß das wehrwirtschaftliche Denken der 20er und 30er Jahre nicht ohne Einfluß auf *Stalin* blieb. Schließlich heißt es in der von ihm formulierten sogenannten Stalinschen Verfassung der Sowjetunion von 1936 unter Artikel 11: Das Wirtschaftsleben der UdSSR werde durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan im Interesse der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, ferner der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen und endlich „der Festigung der Unabhängigkeit der UdSSR und der Steigerung ihrer Wehrfähigkeit bestimmt und gelenkt“⁸⁹.

Als unter maßgebender Führung von *Stalin* der XV. sowjetische Parteikongreß von 1927 die beschleunigte Industrialisierung und eine Straffung der bisherigen Wirtschaftsplanung beschloß, stand daher bereits der vorrangige Aufbau einer Schwerindustrie ohne Hilfe von außen und ungeachtet der von der eigenen Bevölkerung dafür zu erbringenden Opfer weitgehend fest. Seitdem lag in allen sozialistischen Staaten das Schwergewicht der von der Parteispitze beschlossenen totalen „industriellen Revolution von oben“ auf der Schwerindustrie und „ihrem Herzstück“, dem Maschinenbau. Mit den für diese Zielsetzung noch teilweise heute maßgebenden Gründen setzte sich *Stalin* zwischen 1926 und 1928 auseinander, als es auch darum ging, seine um die Führung konkurrierenden Rivalen *Bucharin* und *Rykow*

⁸⁸ Zit. nach Boris *Lewytsky*: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Porträt eines Ordens. Stuttgart 1967. S. 202.

⁸⁹ Die Stalinsche Verfassung. Berlin-Ost 1950. S. 52.

auszuschalten. Die Pläne von *Bucharin* und *Rykow* liefen im Kern darauf hinaus, den Sozialismus teilweise in Anlehnung an das Wachstumsmodell der alten Industrienationen aufzubauen, d. h. unter Ausnutzung des Markt-Preis-Mechanismus durch Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft den Aufbau einer weniger kapitalintensiven Leichtindustrie zu ermöglichen, um mit ihren Gewinnen und den Ressourcen aus der noch privaten Landwirtschaft die solide finanzielle Basis für eine nur im mäßigen Tempo wachsende sowjetische Schwerindustrie zu schaffen.

Stalin setzte genau das Gegenteil dessen durch. Für ihn galt allein der in forciertem Tempo zu vollziehende Aufbau der Schwerindustrie — ausgedrückt im Parteivokabular — als „Hauptkettenglied“ bei der Verwandlung der Sowjetunion aus einem Agrar- in ein Industrieland und damit zugleich als die entscheidende Vorbedingung für den „Sieg“ des sozialistischen Wirtschaftssystems⁹⁰. Allein der rasche Aufbau einer Schwerindustrie, so lautete die Argumentation der Theoretiker der sozialistischen Industrialisierung, würde ein ständig wachsendes Industriepotential gewährleisten, das seinerseits das Land nicht nur ökonomisch und politisch unabhängig mache, sondern darüber hinaus den aus dringenden militärischen Gründen geforderten Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie überhaupt erst ermögliche. Schließlich schaffe die Schwerindustrie ebenfalls die technischen Voraussetzungen zum Übergang zur Großlandwirtschaft, die in der Sowjetunion zudem während des ersten Fünfjahrplanes mit der erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft angesteuert worden war.

Als *Stalin* im Januar 1933 vor dem ZK der KPdSU zu den Ergebnissen des ersten Fünfjahrplanes Stellung nahm, konnte er zwar, nicht ohne maßlos zu übertreiben, von einer Verdoppelung der Industrieproduktion im Vergleich zum Jahre 1928 berichten, mußte aber einräumen, daß die Erfüllung des Gesamtprogramms in den dafür vorgesehenen vier Jahren nicht vollauf gelungen sei. Im Gegensatz zu späteren Stellungnahmen über nichterreichte Planziele machte jedoch *Stalin* damals noch die notwendig gewordene Umstellung auf die Rüstungsproduktion für die Nichterfüllung verantwortlich. Fehlen auch zur Erfüllung des Gesamtplanes einige Prozente, so erläuterte er den Mitgliedern des ZK, so sei doch statt dessen durch den Fünfjahrplan mit der in aller Eile geschehenen Umstellung auf die Produktion von allen modernen Verteidigungs- und Angriffsmitteln die

⁹⁰ Dazu *Stalin: Fragen des Leninismus*, a.a.O. S. 308 ff. — *Josef Stalin: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (B.). Kurzer Lehrgang. Berlin-Ost 1947, S. 369, 373 u. 400 f.

Sowjetunion zu einem „im Sinne der Wehrfähigkeit mächtigen Land“ geworden⁹¹.

Obwohl die Verteidigungsausgaben in den publizierten sowjetischen Staatshaushaltsplänen 1930 nur 8,6 % des Ausgabenbudgets ausmachten und überdies bis 1933 auf 3,4 % sanken, geriet bereits die Planerfüllung ins Wanken. Noch weit mehr Investitionsmittel wurden jedoch der sowjetischen Volkswirtschaft in den folgenden Jahren entzogen, als mit dem Jahre 1934 die Verteidigungsausgaben auf 9,1 % stiegen und nach ständigen Erhöhungen bis zum Jahre 1940 32,6 % erreichten. Beliefen sich die Aufwendungen für die Industrie im Jahre 1931 noch auf 32,3 % (d. h. 8,1 Mrd. Rubel) der Staatsausgaben, so sanken sie bis zum Jahre 1940 auf 16,4 % (d. h. 28,5 Mrd. Rubel). Stiegen auch die Aufwendungen für die Industrie mit dem Wachsen des Staatshaushaltes in ihrer absoluten Höhe, so unterlagen sie andererseits bei jedem Anstieg der Rüstungs- und Verteidigungslasten im Vergleich zu den anderen Positionen des Haushaltsplanes der einschneidendsten Kürzung. Vor allem die geradezu sprunghaft in die Höhe schnellenden Rüstungs- und Verteidigungsausgaben⁹² in der Sowjetunion der Vorkriegszeit entwickelten sich zum schwerwiegendsten Hemmnis für eine allein friedlichen Zwecken dienende industrielle Expansion. Nach offiziellen Angaben stieg das Produktionsvolumen in der Sowjetunion während des ersten Fünfjahrplanes um 22 %, im zweiten Fünfjahrplan um 17 % und im dritten um 13 %.

In den zwei Nachkriegsjahrzehnten lagen die offiziell genannten Verteidigungskosten bei 17 bis 18 %, nur 1952 wurden sie auf annähernd 25 % der Staatsausgaben angehoben. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob die von der Sowjetunion veröffentlichten Zahlen die tatsächliche Höhe des Verteidigungshaushaltes ausweisen. Verteidigungsausgaben sind ohne Zweifel auch in anderen Fonds verborgen⁹³, wofür auch die Tatsache spricht, daß in der Sowjetunion ebenso wie in der „DDR“ alle Betriebe, in denen Rüstungsgerät hergestellt wird

⁹¹ *Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 451—456. Eingehend auf die beiden gegensätzlichen Planungskonzeptionen, erklärte er 1935 in einer Rede im Kreml, daß man zwar bei strengster Sparsamkeit 3 Milliarden Rubel zur Einfuhr von Rohstoffen und zur Erhöhung der Produktion von Massenbedarfsartikeln hätte verwenden können, doch hätte die Sowjetunion dann „bei einem solchen ‚Plan‘ weder eine Hüttenindustrie noch einen Maschinenbau, weder Traktoren und Automobile noch Flugzeuge und Tanks“. (*Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 592.)

⁹² Die sicher zu niedrig angesetzten Verteidigungsausgaben beliefen sich zwischen 1930 und 1940 auf etwa 170 Mrd. Rubel, die Aufwendungen für die Industrie im gleichen Zeitraum auf etwa 191 Mrd. Nach vorsichtigen Schätzungen produzierte die Sowjetunion zwischen 1929 und 1941 mindestens über 30 000 Panzer und nicht viel weniger Militärflugzeuge.

⁹³ Günter *Hedtkamp*: Finanzsystem und Geldwesen. In: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion/Wirtschaft, a.a.O. S. 254 ff.

(auch der Flugzeugbau), bezeichnenderweise den zivilen Planungs- und Leitungsbehörden unterstehen⁹⁴. Unter diesen Gegebenheiten erhöht zwar eine sich ausweitende Rüstungsproduktion den industriellen Produktionsindex, ohne daß dadurch aber positive Rückwirkungen auf die Investitionsgüterindustrie noch auf die Lebenshaltung der Bevölkerung zu erwarten waren.

Im großen und ganzen wurden in der Sowjetunion die Planzahlen in den einzelnen Planungsperioden für die Schwerindustrie und namentlich für den Maschinenbau⁹⁵ erreicht, nicht aber in der Konsumgüterindustrie und in der Landwirtschaft. Zur Kehrseite der „sozialistischen Industrialisierung“ wurde in nahezu allen sozialistischen Ländern die Tatsache, daß sich die Produktion der Konsumgüter einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse zeitweilig nicht einmal so stark vermehrte wie die Bevölkerung. Die Hungerjahre in der Sowjetunion während und nach der Kollektivierung der Landwirtschaft blieben der sowjetischen Bevölkerung noch für lange Zeit in erschreckender Erinnerung⁹⁶. In der Volksrepublik China, wo zeitweilig 85 % der industriellen Investitionen in die Schwerindustrie flossen, erreichte der Rückgang des Anteils der Landwirtschaft am Netto-Sozialprodukt 1959/60 einen Tiefpunkt, während ungeachtet dessen die industrielle Expansion weiterhin progressiv verlief und vor allem die Bevölkerungskurve den üblichen Aufwärtstrend zeigte⁹⁷. Hungerrevolten waren die unausbleibliche Folge. Wie in der Sowjetunion, so wurden auch in den Volksdemokratien nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Wehrkraft zugunsten der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie immer wieder die Pläne für die Leichtindustrie und für die Landwirtschaft geopfert. So setzte beispielsweise trotz der ehrgeizigen, namentlich von *Chruschtschow* gehegten Vorhaben der erste sowjetische Fünfjahrplan für die Landwirtschaft höhere Ziffern ein, als sie 1955 tatsächlich erreicht wurden⁹⁸. Notgedrungen zugelassene freie Agrarmärkte, auf denen die Genossenschaftsbauern hauptsächlich das in ihrer Eigenwirtschaft Erzeugte anbieten, schlossen zwar

⁹⁴ Helmut Bohn u. a.: Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bonn/Berlin 1960. S. 147.

⁹⁵ In der Sowjetunion entfielen 1933 26,1 % der industriellen Produktion auf den Maschinenbau. *Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 536. Dort weitere Vergleichszahlen.

⁹⁶ Besonders schwerwiegend machte sich in allen sozialistischen Staaten mit der Kollektivierung der Rückgang der Viehbestände bemerkbar. Vgl. *Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 543.

⁹⁷ Alexander Eckstein: *Communist China's Economic Growth and Foreign Trade. Implications for U.S. Policy*. New York/Toronto/London 1966. S. 44, 47 u. 65.

⁹⁸ Raymond Aron: *Die industrielle Gesellschaft*. Frankfurt a. M./Hamburg 1964. S. 171. Das Zahlenmaterial bietet G. Warren Nutter: *Growth of Industrial Production in the Soviet Union*. Princeton New Jersey 1962.

immer wieder manche Lücke in der Bedarfsdeckung, werden aber nicht allgemein als die willkommene Lösung des Problems angesehen.

VII. Die Problematik der Kapitalakkumulation

Die sozialpolitischen Implikationen der gewaltsamen sozialistischen Industrialisierung, ihre Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung und namentlich auf die Landbevölkerung wurden bereits wiederholt offen ausgesprochen. Da ausländische Anleihen entweder verweigert oder von den sozialistischen Ländern selbst abgelehnt wurden, mußte die für die forcierte sozialistische Industrialisierung notwendige gewaltige Kapitalakkumulation aus dem Lande selbst geschöpft werden⁹⁹. Der „Status auszubeutender Kolonien“ wurde daher neben der meist nur schwach entwickelten Konsumgüterindustrie namentlich der eigenen Landwirtschaft bewußt aufgebürdet. Dank administrativer Maßnahmen, die den marktkonformen Warenverkehr zwischen Stadt und Land, die einen wertäquivalenten Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterbanden, erfolgte eine rücksichtslose Abschöpfung des Mehrwertes¹⁰⁰, der in Form der sogenannten Umsatzsteuer zumeist über die Hälfte der jährlichen sowjetischen Staatseinnahmen ausmachte¹⁰¹. Durch die unabhängig von Angebot und Nachfrage auf die Konsumenten abgewälzte staatliche Preismanipulation entwickelte sich die „Umsatzsteuer“ zur wichtigsten Akkumulationsquelle in allen sozialistischen Staaten.

Es ist hinreichend bekannt, daß der Weg zentraler Wirtschaftsplanung und vor allem die derzeitigen Modelle sozialistischer Planwirtschaft durch die Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Prozesses mit allen seinen Vorzügen und Nachteilen charakterisiert sind. Ebenso wie die Kriegswirtschaft substituiert die sozialistische Planwirtschaft, wo sie bisher praktisch verwirklicht wurde, grundsätzlich den Markt-Preis-Mechanismus. Der Markt wird zu einer Erscheinungsform innerhalb des Planes und daher von ihm gesteuert, wobei die Wirkungsweise des die Verkehrswirtschaft charakterisierenden „Wertgesetzes“

⁹⁹ Vgl. *Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 419. Zur Finanzierung der Industrialisierung im kommunistischen China durch das Steueraufkommen des Staatshaushaltes: George N. *Ecklund*: Financing the Chinese Government Budget, Mainland China 1950—1959. Chicago 1966.

¹⁰⁰ Hans *Raupach*: Planwirtschaft, In: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion/Wirtschaft, a.a.O. S. 145. — Zur Entwicklung des Lebensstandards: Maria Elisabeth *Ruban*: Die Entwicklung des Lebensstandards in der Sowjetunion unter dem Einfluß der sowjetischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung. Berlin 1965. S. 190—194 u. a.

¹⁰¹ *Hedtkamp*: a.a.O. S. 256—261.

bewußt außer Kraft gesetzt wird¹⁰². Wurde dennoch der Markt-Preis-Mechanismus im sozialistischen Wirtschaftssystem in nur ganz begrenztem Umfang zugelassen, so behielt man ihn verständlicherweise stets unter Kontrolle.

Die Gründe für die Herauslösung der Wirtschaft aus dem Marktprozeß sind zu vielschichtiger Natur, daß es gerechtfertigt wäre, die Frage des Marktes für das Problem des Sozialismus par excellence zu halten und seiner Lösung die größte Bedeutung beizumessen¹⁰³. *Stalin* wandte sich in den Diskussionen, die dem ersten Fünfjahrplan vorangingen und der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) ein Ende setzten, ganz entschieden gegen die Normalisierung des Marktes und gegen die Zulassung des freien Spiels der Preise. In seiner offiziellen Argumentation, die sicherlich nicht seine gesamten Überlegungen zum Ausdruck brachte, sah er im Markt-Preis-Mechanismus eine Gefahr für die aus seiner Sicht unbedingt zu erhaltende Preisstabilität für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse, womit er zweifelsohne für seine Politik das stets faszinierende Argument von der durch vermeintliche Preisstabilität gewährleisteten sozialen Sicherheit auszunutzen wußte. Über die anfangs in allen sozialistischen Staaten gewaltig auseinanderklaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und den Verbraucherpreisen für industrielle Erzeugnisse, in der *Stalin* sicherlich damals bereits die wichtigste Quelle staatlicher Akkumulation erblickte, verlor er kaum ein Wort. Doch das ebenfalls zugkräftige Argument von der sozialen Gerechtigkeit fehlte nicht. Sein Verdikt gegenüber dem Markt-Preis-Mechanismus begründete er ferner damit, daß dieser das private Gewinnstreben fördere, dadurch den Sozialisierungsprozeß der Wirtschaft bedrohe und namentlich die erstrebte Kollektivierung der Landwirtschaft möglicherweise in Frage stelle¹⁰⁴.

Für die primitive Logik der Stabilisierung oder des Einfrierens des gesamten wirtschaftlichen Rechnungssystems (Preise, Löhne, Zinssätze usw.) mit allen ihren nachteiligen Folgen sprachen mithin nicht nur rein ökonomische Gründe, auch entschied man sich für sie nicht nur um der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit willen, sondern sie erwuchs letztlich zu dem geeigneten Mittel, um planungspolitische Aufgaben zu lösen, die primär von außerökonomischen, d. h. von politischen und ideologischen Prioritäten gesetzt wurden. Die Herauslösung der Wirtschaft aus dem Marktprozeß ermöglichte die Trennung von Produktionsplanung und Endnachfrage. Dadurch wurde der

¹⁰² *Berger u. Reinhold*: a.a.O. S. 95.

¹⁰³ *Dobb*: a.a.O. S. 7.

¹⁰⁴ *Stalin*: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 291—301.

Preiszusammenhang zwischen Verteilungs- und Produktionssphäre zerschnitten und die Lenkungsfunktion der Marktpreise aufgehoben. So entstanden zwei voneinander losgelöste Preissysteme für Produktion und Konsumtion. Sie aber erlaubten, ausgehend von dem autonom geplanten Konsumfonds und den verteilten Geldeinkommen der Bevölkerung, die Verbraucherpreise teils unter Berücksichtigung von verbrauchsforscherischen Ergebnissen so festzusetzen, daß sie zwar einerseits der Bevölkerung einen Lebensstandard auf jeweils bestimmtem Niveau gewährleisten¹⁰⁵, daß sie aber andererseits durch eine möglichst hohe Preisregulierung nach oben für darüber hinaus weniger unbedingt lebenswichtige, doch durchaus begehrte Verbrauchsgüter einen, verglichen mit dem Industrieabgabepreis, mitunter erheblichen Differenzbetrag¹⁰⁶ ergaben, der nach Abzug der „Zirkulationskosten“ als Umsatzsteuer der Staatskasse zugute kam. Da nur der Übergang von der Produktion zum Konsum „besteuert“ wird, wurden über die staatliche Preisfixierung vor allem die kleinen und mittleren Einkommen relativ stark belastet¹⁰⁷, und das um so höher, je mehr der Industrieabgabepreis infolge von Produktivitätssteigerungen sank, Löhne und Verbraucherpreise aber stabil blieben bzw. keine adäquaten Veränderungen nach oben oder nach unten erfuhren. Kann auch weder von einer Kumulativ- noch von einer Regressivwirkung der Umsatzsteuer gesprochen werden, weil eben der Preis die Höhe der Steuern bestimmt und nicht umgekehrt, so setzte doch andererseits der finanzielle Staatsbedarf ein gewisses Volumen an jährlich einkommender Umsatzsteuer voraus, so daß schon deshalb die Preisfixierung nicht ohne Rücksicht auf das für die staatliche Investitionsplanung unbedingt disponible Steueraufkommen geschah. In den zwanziger Jahren bestanden die „Akkumulationsfonds“ in der Sowjetunion noch fast ganz aus „Gewinnen“. Doch mit den Finanzreformen Anfang der dreißiger Jahre erbrachte fortan die Umsatzsteuer den „Löwenanteil“. Bis Anfang der fünfziger Jahre stieg ihr Anteil auf teilweise 85 %, fiel aber dann bis unter 60 % der Gesamtsumme (*Seton*). Zwar hat sich die sozialistische Planwirtschaft mit der Preisstabilisierung des marktwirtschaftlichen Gradmessers beraubt, der die Dringlichkeit der Bedürfnisse und die Knappheit wirtschaftlicher Güter anzeigt, doch zog sie mit Hilfe der Preisfixierung aus der stets nur begrenzten Konsumgüterproduktion insofern den Nutzen, als sie sich über die sogenannte Umsatzsteuer eine mit markt-

¹⁰⁵ Bei einem Mangel an lebenswichtigen Verbrauchsgütern nahm man außerdem immer wieder zum System der Rationalisierung seine Zuflucht.

¹⁰⁶ Er betrug bei zahlreichen Industrieerzeugnissen nicht selten ein Mehrfaches des Industrieabgabepreises.

¹⁰⁷ Dazu vor allem *Hedtkamp*: a.a.O. S. 264—266.

wirtschaftlichen Dimensionen kaum vergleichbare Quelle der „Mehrwertschöpfung“ erschloß. Für die Problematik des Mehrwerts, so erläuterte *Marx*, sei nicht so sehr entscheidend, wo er herkommt, sondern viel wichtiger sei die Frage, wie er sich realisieren lasse¹⁰⁸. Mittels der Preisfixierung fand der sozialistische Staat einen freilich den Konsumenten überaus belastenden Weg sicherer Mehrwertrealisation, der außerdem bei allzu starker Betätigung der Notenpresse die Gefahr einer inflationären Geldentwicklung zu kompensieren vermochte.

Liegt es im Wesen der Marktwirtschaft, sich an den Wünschen der Verbraucher zu orientieren und darüber hinaus in ihnen sogar ständig neue Bedürfnisse zu wecken, so verzichtet die sozialistische Planwirtschaft ganz bewußt darauf, die „Verbrauchersouveränität“ anzuerkennen und sich einer freien Konsumentenentscheidung zu stellen¹⁰⁹. Sie vermeidet es nicht nur, dem Verbraucher einen Überfluß an Gütern zur persönlichen Wahl anzubieten, sondern bedient sich mit Absicht des gesteuerten relativen Mangels an Verbrauchsgütern, also jenes Zustandes einer niemals „vollständigen Befriedigung“ des Verbrauchers¹¹⁰, um sich über eine autonome Preisfixierung mit der Umsatzsteuer die bisher weitaus wichtigste staatliche Akkumulationsquelle zu erschließen. So sehr die sozialistische Planwirtschaft gerade den Arbeiter scheinbar zur bevorzugten Person macht, so sehr sie ihm soziale Sicherheit verheißt und schon seit Jahrzehnten einen bisher ungeahnten Lebensstandard des Überflusses verspricht, so wenig waren daher die relativ hohen Preise für zahlreiche Verbrauchsgüter geeignet, der Mehrzahl der Lohnempfänger zu einer wesentlichen Steigerung ihres Lebensstandards zu verhelfen. Noch immer gilt beispielsweise in der DDR die noch zu Zeiten des Aktivisten Hennecke aufgestellte Parole: „Erst mehr arbeiten und dann mehr essen“¹¹¹! Noch immer wird daher, um mit *Karl Marx* zu sprechen, der Produzent gezwungen, „seine Arbeitskraft unter ihrem Wert zu verkaufen“, und der seiner Arbeitsleistung entsprechende Lebensstandard zu einer Zukunftsvision gemacht.

Theoretisch und praktisch wäre indes die sozialistische Planwirtschaft, soweit mit ihrer Hilfe bereits der wirtschaftliche Wandel vom Agrar- zum Industrieland bewältigt wurde, durchaus in der Lage, dem Produzenten und Konsumenten jenen schon seit Jahrzehnten

¹⁰⁸ *Marx*: Kapital. Bd. II, a.a.O. S. 330 f.

¹⁰⁹ Vgl. auch *George N. Halm*: Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung. Berlin 1960. S. 230 ff.

¹¹⁰ Vgl. oben Anm. 87.

¹¹¹ *Berger u. Reinhold*: a.a.O. S. 58.

prognostizierten Überfluß an Verbrauchsgütern zu verschaffen. Voraussetzung wäre jedoch eine grundlegende Revision der bisherigen politischen Präferenzskala des Wirtschaftswachstums, d. h. ein weitgehender Verzicht auf den Primat der Schwerindustrie sowie der Rüstungs- und Verteidigungsausgaben und statt dessen eine wesentliche Erhöhung der Investitionen für die Konsumgüterindustrie, wodurch zugleich aber die Konsumgüterpreise ihre mehrwertschöpfende Funktion wesentlich einbüßen würden. Vor allem die politischen Konstanten des Systems lassen jedoch eine solche Umfunktionierung des Wirtschaftskreislaufs von einschneidender Tragweite kaum zu.

VIII. Investitionspolitik und Reformprogramm

In ihrem Kern bildeten die Volkswirtschaftspläne aller sozialistischen Staaten ein die Finanzkraft eines jeden Landes bis zum äußersten ausschöpfendes Programm von Kapitalinvestitionen namentlich für die Schwerindustrie. So sehr man auch die uns aus den sozialistischen Ländern zugänglichen Angaben über die Höhe und das Wachstum der Realinvestitionen schon wegen häufig widersprechender Zahlenangaben mit erheblicher Skepsis zu betrachten hat¹¹², so wenig ist doch das sehr viel raschere Wachstum der Investitionsgüterindustrien und ihrer Erzeugung im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen zu übersehen. Der von den ökonomischen Theoretikern des Sozialismus mit Nachdruck betonte Vorrang der Investitionen in der Kapitalgüterindustrie wird zwar mit Berufung auf das berühmte von *Marx* in den Bänden II und III des „Kapital“ entwickelte Reproduktionsschema und namentlich auf *Lenins* weniger bekannte Abhandlung „Über die sogenannte Marktfrage“¹¹³ begründet, entbehrt aber letztlich des überzeugenden ökonomischen Beweises¹¹⁴.

Unbestreitbar verlangt die sich vollziehende technische Revolution des 20. Jahrhunderts immer höhere Investitionen¹¹⁵, will man vor

¹¹² Vgl. vor allem Francis *Seton*: Investitionsvolumen und Investitionspolitik. In: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion/Wirtschaft, a.a.O. S. 386 ff. Auf einen Nenner sind auch nicht die etwa von *Malenkow* gemachten Angaben (vgl. Fritz *Sternberg*: Die militärische und industrielle Revolution. Berlin/Frankfurt a. M. 1957. S. 191) mit den aus der Stalin-Zeit stammenden zu bringen (vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, a.a.O. S. 437, u. Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Berlin-Ost 1950. Bd. 1. S. 831 ff.).

¹¹³ Vladimir I. *Lenin*: Werke, Bd. 1. Berlin-Ost 1961. S. 69 ff.

¹¹⁴ *Seton*: a.a.O. S. 399.

¹¹⁵ Vgl. Anm. 112. Die Kapitalinvestitionen der Sowjetunion beliefen sich zwischen 1928 und 1932 auf 24,8 Mrd. Rubel, zwischen 1933 und 1937 auf 65,8 Mrd. und zwischen 1938 und 1940 auf 75 Mrd. Trotz des Anstiegs der Investitionen wuchs das Produktionsvolumen in keiner Periode so stark wie zwischen 1928 und 1932.

allem noch annähernd jene industriellen Wachstumsraten erreichen, wie sie östliche und westliche Länder noch vor Jahrzehnten auswiesen. Sofern jedoch die sozialistische Planwirtschaft, wie mehrfach von östlicher Seite zum Ausdruck gebracht, lediglich die Gewähr dafür bieten solle, daß man „in der technischen Revolution mithalten und in einigen Abschnitten die Entwicklung sogar mitbestimmen“ könne¹¹⁶, sieht sie sich weiterhin in der schwierigen Rolle des zu suchenden Kompromisses zwischen den politisch-ideologischen Zielsetzungen und den ökonomischen Realisationsmöglichkeiten. Die politisch motivierte Sicherung einer bestimmten Produktionssteigerung bei der Präferenz bestimmter Produktionsglieder stellt aber weniger ein ökonomisch-theoretisches als ein ideologisches und finanzwirtschaftliches Problem dar, das freilich stets schwerwiegende ökonomische und soziale Konsequenzen nach sich zog. Neben dem zu lösenden Hauptproblem, die von der Führungsspitze in den Perspektivplänen festgelegten Schwerpunktziele mit den laufenden Plänen der einzelnen Wirtschaftsjahre in Verbindung zu bringen und sie in ein realisierbares, „konkretes Programm“ zu verwandeln¹¹⁷, stellte sich daher den Ökonomen als zweite, nicht minder schwierige Aufgabe, die negativen Folgeerscheinungen einer politisch verzerrten Investitions- und Wachstumspolitik nach Möglichkeit von vornherein abzuwenden. Die gleichzeitige Lösung beider Probleme will jedoch kaum oder gar nicht gelingen.

Die Planung an sich verengt nicht, sondern erweitert die Wahlmöglichkeiten¹¹⁸, zwingt aber dadurch zu einer Auswahl alternativer Projekte. Solange freilich die letzten Entscheidungen über die durch verstärkte Investitionen zu begünstigenden Wirtschaftszweige immer und allein bei der Führungsspitze lagen, gerieten nicht nur die planerischen Alternativen in das Koordinatensystem politischen und ideologischen Zweckdenkens, sondern wurden auch die Fragen der Wirtschaftlichkeit mit den gleichen Argumenten und nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den Zwang zum Wettrüsten zum Schweigen gebracht. Eine extensive Wirtschaftsexpansion war nicht die alleinige und unvermeidliche Folge. Wurden allerdings die gesteckten Planziele unter den gegebenen Voraussetzungen erreicht, sah sich die Führung bestätigt und sah daher auch keinen Anlaß, sich in dem von ihr gewiesenen Weg irgendwie beirren zu lassen. Nur die Nichterfüllung bestimmter Planziele oder gar der Zusammenbruch der gesamten Planungskonzeption wirkten auf sie mehr oder weniger als alarmierendes Signal und veranlaßten sie, wenn auch nur zögernd, die Pläne zu überdenken, Revisionen vorzunehmen, wirtschaftlichere Lösungen

¹¹⁶ Berger u. Reinhold: a.a.O. S. 46 u. 51.

¹¹⁷ Politische Ökonomie, Lehrbuch, a.a.O. S. 499.

¹¹⁸ Kaiser: Planung, a.a.O. S. 19.

anzustreben und schließlich mit aller Vorsicht „homöopathisch dosierter Maßnahmen“ eine Wirtschaftsreform einzuleiten¹¹⁹.

Die Kruste einer jahrzehntelangen Verhärtung der noch aus der Stalin-Ära stammenden Stabilisierungs- und Lenkungssysteme machte die Unzulänglichkeit der bisherigen Organisationsformen, die ohnehin zu einer optimalen Lenkung der Betriebe in keiner Weise ausreichten, immer offensichtlicher. Für Produktionssteigerungen eingesetzte Investitionen verwandelten sich immer wieder zu Subventionen, die die beträchtlichen Verluste der Investitionsgüterindustrie auszugleichen hatten. Die Wachstumsraten flachten sich ab. Da die kommunistische Wirtschaftstheorie bis zur Reform ausnahmslos dem mengenwirtschaftlichen Standpunkt huldigte und die maximale Kapazitätsauslastung mit größtmöglicher Rentabilität gleichsetzte, ergaben sich volkswirtschaftliche Effekte, die in krassem Widerspruch zu wirtschaftlicher Rationalität standen. Als überaus problematisch erwies sich ferner das zumeist unzureichende Informationssystem¹²⁰, das die Planungsinstanzen deshalb nur unzulänglich mit den vielfältigen Daten über die gegebenen Produktionsbedingungen versorgte. Unrichtige oder verzerrte Lenkungsdispositionen und Datenaggregationen führten zur Häufung von wirtschaftlichen Fehlentscheidungen. Ließ schon das einseitig forcierte Wachstum der Schwerindustrie nicht die Konzeption eines Planes der effektivsten Produktionsstruktur zu, so verschärften die imperativen Produktionssteigerungsaufgaben noch die Situation, weil sie sich auf unzulängliche Daten und Analysen der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten stützten und die vorhandenen Möglichkeiten der effektivsten, wirtschaftlichsten und bedarfsgerechtesten Produktion kaum in Betracht zogen¹²¹. Der immer mehr steigende Bedarf an Investitionen sowie auf der anderen Seite deren sinkende Effizienz machte schließlich Wirtschaftsreformen nunmehr auch in den Augen der Führungsspitze zu einem vordringlichen Anliegen. Infolge des Scheiterns ihres Siebenjahrplanes (1959 bis 1965), letztlich auf einen Zusammenbruch der Investitionsplanung zurückzuführen, begann 1963 zunächst in der DDR der etappenweise, vielfach noch unauffällige Übergang zu einem „Neuen Ökonomischen System“.

¹¹⁹ Vgl. *Linder*: a.a.O. S. 4 ff., und *Thalheim*: Wirtschaft der Sowjetzone, a.a.O. S. 90 u. a.

¹²⁰ Dazu namentlich *Erich Klinkmüller*: Die gegenwärtige Organisationsstruktur der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung. In: *Boettcher, Thalheim* (Hrsg.): Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, a.a.O. S. 5 ff. — *Hanns Jörg Buch*: Ungelöste ökonomische Grundprobleme. Bonn/Berlin 1967. S. 8—9, dort weitere Literaturhinweise. Besonders aufschlußreich sind auch die Schilderungen von *Schenk*: Vorzimmer der Diktatur, a.a.O. S. 92 f. über die komplexe Planung und S. 140 ff., über die Planungsanalyse und Planaufstellung, ein Abschnitt, den er mit der Überschrift „Geplantes Chaos“ versah.

¹²¹ *Sik*: Plan und Markt, a.a.O. S. 83—84.

Das Streben nach ökonomischem Wandel erfaßte 1965 auch die ČSSR, Polen, die Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien, nachdem vor allem der berühmt gewordene Prawda-Artikel über „Plan, Gewinn und Prämie“ vom Herbst 1962 des mutigen sowjetischen Professors *Liberian* der öffentlichen Diskussion wesentlich zum Durchbruch verholfen hatte. Rumänien, das durch seine außenwirtschaftlichen Erfolge die Mängel der stalinistischen Wirtschaftsmethoden wohl weniger zu spüren bekam, schloß sich der ökonomischen Reformbewegung in Osteuropa erst Ende 1967 an¹²².

Das wichtigste Terrain des angestrebten Umbaus der planwirtschaftlichen Ordnung bildete einmal die hierarchisch-bürokratische Strukturierung der planwirtschaftlichen Lenkungsorgane, sodann der wichtige Komplex der Eigenentscheidung und Selbstverantwortung der Betriebe innerhalb der Planwirtschaft, ferner das zur Steigerung der Arbeitsproduktivität verbesserungsbedürftige System der Leistungsanreize und endlich die Neukonzeption des Industriepreissystems. Die Auseinandersetzungen um das Preisproblem, in dem sich wirtschaftliche und politische Interessen kreuzen, begannen bekanntlich in der Sowjetunion bereits in den 20er Jahren und sind seitdem nicht mehr verstummt. Zwar erkannte beispielsweise *Ulbricht* im Dezember 1965 die Notwendigkeit beweglicher Preise an und versprach sich durch eine Preisrevision eine „echte stimulierende Wirkung zur Erhöhung des volkswirtschaftlichen Nutzeffekts“, doch blieben die neuen Preise Kosten- und Fixpreise, die das Problem der Sichtbarmachung der Knappheiten deshalb kaum lösten. Lediglich durch den Wegfall von Subventionen für die bisher zu niedrig angesetzten Materialpreise entlastete die Preisreform den Staatshaushalt, der angeblich bisher die Preise jährlich mit 13,5 Mrd. Mark gestützt hatte¹²³.

¹²² *Gleitze*: a.a.O. S. 29. — *Linder*: a.a.O. S. 21 f. — *Gregory Grossman*: Die osteuropäischen Wirtschaftsreformen — eine Zwischenbilanz. In: *Thalheim, Hühmann* (Hrsg.): Wirtschaftsreformen, a.a.O. S. 283 f.

¹²³ Zum Preisproblem u. a.: *Friedrich Haffner*: Probleme der zentralen Preisbildung. In: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion/Wirtschaft, a.a.O. S. 189 f. — *Thalheim*: Wirtschaft der Sowjetzone, a.a.O. S. 91 f. — *Ders.*: Wachstumsbegrenzung durch Wirtschaftssystem und Außenhandel in Mitteldeutschland. Bonn 1967. S. 6 bis 13. — *Kurt Erdmann*: Die Stunde der Wahrheit. Der Abschluß der Industriepreisreform und ihre Auswirkungen auf die sowjetzonale Wirtschaft. Bonn/Berlin 1967. — *Ders.*: Die große Inventur. Aufgaben der sowjetzonalen Betriebe nach Abschluß der Industriepreisreform. Bonn/Berlin 1967. — *Friedrich Haffner*: Das sowjetische Preissystem. Theorie und Praxis, Änderungsvorschläge und Reformmaßnahmen. Berlin 1968. Insbesondere S. 121, 316 u. 318. — Ferner *Helmut Mann*: Probleme der Preisbildung. Berlin-Ost 1965. Siehe auch Fußnote 82.

In der Sowjetunion waren — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Industriepreise seit rund zehn Jahren nicht mehr geändert worden. Die in der DDR verbindlichen Industriepreise lagen für etwa zwei Jahrzehnte auf dem deutschen Preisniveau von 1938. — Die Preise bildeten für die Planer im Ostblock auch insofern ein Sorgenkind, als sie die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen tan-

Die Sorge um die Verbesserung der Arbeitsproduktivität und damit der Rentabilität kennzeichnete nicht minder die Geschichte der sozialistischen Planwirtschaft von ihren Anfängen bis zur Gegenwart¹²⁴ und ist auch durch die derzeitigen, im Grunde nur geringfügigen Produktions- und Leistungsanreize nicht aus der Welt geschafft. Eine Lösung des Problems der Arbeitsproduktivität konnte auf die Dauer — und dessen waren sich die sozialistischen Wirtschaftspolitiker seit Jahrzehnten bewußt — nicht nur Sache zugkräftiger Parolen für einen „arbeitswütigen sozialistischen Aufbauwillen“ sein, sondern mußte gleichzeitig mit Mitteln der „materiellen Interessiertheit“ angestrebt werden. Der begrenzte Umfang des eingeplanten Lohn- und Konsumfonds hielt jedoch die auf der Grundlage von Arbeitsnormen festgesetzten, wenig differenzierten Akkordlöhne auf verhältnismäßig niedrigem Niveau, dem ein noch immer tief gehaltener Lebensstandard und eine Versorgungslage mit ausgesprochenen Knappheitserscheinungen entsprach¹²⁵. Wirkte schon das bisherige Prämiensystem nicht Wunder, so sind solche unter den gegebenen Verhältnissen auch kaum von der Einführung einer im Westen angewandten Prämienformel zu erwarten. Je höher sich der technische Stand einzelner Wirtschaftszweige entwickelt, um so stärker ist jedenfalls das zweckvoll zu differenzierende Einkommensgefüge anzuheben, will man vermeiden, daß die Arbeitsleistungen noch weiter abfallen und die Qualität der Erzeugnisse und der Dienstleistungen weiterhin Mindestanforderungen nicht genügt. Die mit der technischen Revolution untrennbar verbundene Notwendigkeit, den Arbeiter allmählich auf das Niveau des Technikers zu heben, zwingt daher den sozialistischen Staat mehr als bisher, von seiner herkömmlichen Lohnpolitik abzurücken und die bewußte Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie allmählich aufzugeben. Produktionswachstum setzt mehr denn je eine in die Breite gehende Erhöhung des Lebensstandards voraus und ist nicht allein — im Gegensatz zum ersten sowjetischen Fünfjahrplan — das Additionsergebnis eines vermehrten Einsatzes menschlicher Arbeitskraft bei gleichzeitiger Konsumkompression. Die im Interesse einer höheren Rentabilität laufend

gierten. Das Ziel der Angleichung der unterschiedlichen Preisstrukturen innerhalb der Staaten des Comecon und damit auch der Ermittlung der günstigsten Produktionsbedingungen für die einzelnen Industriezweige liegt freilich noch in weiter Ferne. Vgl. hierzu auch Konstantin Pritzel: Die wirtschaftliche Integration der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in den Ostblock. Bonn/Berlin 1966. S. 188 f.

¹²⁴ Stalin: Fragen des Leninismus, a.a.O. S. 420 u. a.

¹²⁵ Hierzu u. a.: Rudolf Becker: Lohnsystem und Lohnpolitik. In: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion/Wirtschaft, a.a.O. S. 417. — Bosch: a.a.O. S. 228 f. — Linder: a.a.O. S. 6 f.

vorgenommenen Verbesserungen am System der Leistungsanreize gaben jedoch nur zögernd den Weg zu größerem Wohlstand frei.

Weit willkommener als eine Revision der Lohnpolitik, die den Staat in letzter Konsequenz zu einem grundsätzlichen Wandel seiner Investitionspolitik hinführen würde, sind der Parteidiktatur alle Reformbestrebungen, die, ohne die Bedingungskonstellationen aufzuweichen, den Staatshaushalt wesentlich entlasten. Das trifft im besonderen für die einzelbetriebliche Kosten- und Rentabilitätsrechnung zu. Mit dem seit etwa 1963 in allen Ostblockländern vollzogenen Übergang von der „Mengenplanung“ zur „Gewinnrechnung“¹²⁶ wurde der seitherige Vorrang der güterwirtschaftlichen Planung zugunsten eines Rentabilitätsbegriffes aufgegeben, der erstmals den Gewinn in Relation zum eingesetzten Kapital sieht. Die Einführung des Gewinns als „Hauptkennziffer“ verhalf zwar zu einem Maßstab für die Wirtschaftlichkeit der Produktion, stellt aber infolge der Beibehaltung von Festpreisen eine mehr finanzwirtschaftliche und trotz Einschaltung einer weiteren neuen Kennziffer eine nur bedingt marktwirtschaftliche Lenkungsmethode dar. Durch eine „Kennziffernvorgabe“ für das „verkaufte Produktionsvolumen“ wird freilich nunmehr der Betrieb gezwungen, seine Erzeugnisse dem Markt „anzupassen“. Mit der Mehrverantwortung wuchs jedoch nicht im gleichen Maße die Beweglichkeit des Betriebes. Durch das finanzwirtschaftliche Lenkungssystem zu zusätzlicher Gewinnabführung verpflichtet und außerdem im begrenzten Rahmen einem marktwirtschaftlichen Ausleseprozeß unterworfen, lastet auf ihm weiterhin die absolute Priorität des im zentralen Plan niedergelegten wirtschaftspolitischen Willens, der ihm ebenfalls vorschreibt, mit welchen Preisen er zu kalkulieren

¹²⁶ Der Gewinn ist der Differenzbetrag zwischen „Bruttogewinn“ und der „Produktionsfondsabgabe“ (Verzinsung des staatlich investierten Anlagekapitals). Vgl. *Buck*: *Ungelöste ökonomische Grundprobleme*, a.a.O. S. 15 f., und als erste zusammenfassende Darstellung aus der DDR: *Eberhard Seifert* u. a.: a.a.O.

Gleichzeitig bemüht sich die sozialistische Planungstheorie um die Anwendung mathematischer Modelle und Methoden auf die Planung und Betriebsführung. Man versucht, die Brücke zu den Verflechtungsbilanzen (Input-Output) zu schlagen. Vgl. u. a. W. S. *Nemtschinow*, W. S. *Dadajan* u. a.: *Mathematische Methoden in der sowjetischen Wirtschaft*. München/Wien 1966. — W. S. *Nemtschinow*: *Ökonomisch-mathematische Methoden und Modelle*, München/Wien 1966. — *Oskar Lange*: *Optimale Entscheidungen. Grundriß der Optimierungsrechnung*. Berlin-Ost 1968. — *Lew J. Leifman*: *Netzplantechnik bei begrenzten Ressourcen*. Berlin-Ost 1968. — Hierzu ergänzend: *Jan Tinbergen*: *Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West*. In: *Boettcher, Thalheim* (Hrsg.): *Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem*, a.a.O. Er vertritt die „Konvergenztheorie“ (ebd. S. 35), erkennt aber dabei die Bedeutung des unterschiedlichen politisch-sozialen Konstellationssystems in Ost und West. Realistisch ist hingegen das Urteil von *Rudolf Meimberg*: *Zur Frage einer Annäherung östlicher Systeme an diejenigen westlicher Industriestaaten*. In: *Gleitze, Thalheim* u. a.: *Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft*, a.a.O. S. 97.

hat¹²⁷. Schon deshalb wäre es verfehlt, wie leider häufig geschehen, in der „Gewinnrechnung“ eine grundsätzliche Abkehr vom bisherigen mengenwirtschaftlichen Prinzip zu erblicken. Das Gewinnssystem bildet u. a. nur ein Mittel, um die Mengenplanung auf eine ökonomisch rationellere Basis zu stellen.

Befindet sich auch der Betrieb, vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, gewissermaßen „zwischen dem Hammer des Planers und dem Amboß“ des Marktes (*Linder*), so darf andererseits nicht übersehen werden, daß den wirtschafts- und finanzpolitischen Experten wiederum mit dem bewährten Mittel der autonomen Preisfixierung ein fiskalischer „Geniestreich“ gelungen ist. Sicherlich wird der Staat Betrieben, die mit Verlust arbeiten, weiterhin mit Subventionen unter die Arme greifen müssen, doch bereits die Wirklichkeit der letzten Jahre beweist, daß die Betriebe in zunehmendem Maße Mittel und Wege finden, um mit einer positiven „Gewinnbilanz“ abzuschließen, und daß sich damit zugleich dem Staatshaushalt eine Einnahmequelle auftat, die möglicherweise alsbald das Volumen der einkommenden Umsatzsteuer mehr und mehr übersteigt. Bereits im sowjetischen Staatshaushalt von 1964 machten die Einnahmen aus der Umsatzsteuer, die ihr bis dahin absolut höchstes Volumen erreichte, 38,2 % und die Gewinnabführungen 32,1 % der Gesamteinnahmen aus¹²⁸. In allen sozialistischen Staaten¹²⁹ ist mit den 60er Jahren das Wachstum der Haushaltseinnahmen in der Hauptsache den sich zusehends steigernden Gewinnabführungen zuzuschreiben, so daß sie, obwohl in ihrer Höhe nicht sicher zu kalkulieren, die Funktion der älteren Umsatzsteuer übernehmen, sicherlich in Zukunft die wichtigste staatliche Akkumulationsquelle darzustellen. Das Problem der Mehrwertschöpfung geschieht zwar wiederum über den Preis, nur besteht für den Staat nunmehr auch die Möglichkeit, von finanzwirtschaftlich erzwungenen Kostensenkungen innerhalb der Produktionssphäre unmittelbar und erheblich zu profitieren, während bislang die Preismanipulation in der Konsumsphäre den staatlichen Akkumulationsfonds in der Hauptsache speiste.

Wird auch das sowjetische Modell der Planwirtschaft schon im Interesse der Akkumulation grundsätzlich dem System der Preisstabilität verhaftet bleiben, so erlauben doch die wachsenden Einnahmen aus den Gewinnabführungen wahrscheinlich einen allmählichen Abbau der Umsatzsteuer, d. h. eine Senkung der Verbraucher-

¹²⁷ *Linder*: a.a.O. S. 29.

¹²⁸ *Hedtkamp*: a.a.O. S. 260—261.

¹²⁹ Die Chinesen veröffentlichen seit 1960 keine Budgetdaten mehr. Für Albanien, das wie China den osteuropäischen Wirtschaftsreformen trotzt, liegen ebenfalls keine hinlänglichen Zahlenangaben vor.

preise, freilich unter der Voraussetzung, daß bei gleichbleibenden oder tendenziell steigenden Löhnen die Konsumgüterproduktion erhöht wird, um die steigende Nachfrage zu decken. Dem unmittelbaren Interesse der Betriebe an der Selbstkostensenkung wird mit der ihnen gewährten autonomen Fondsverwaltung (Prämien-, Entwicklungs- und Sozialfonds), die am Gewinn partizipiert, zwar weitgehend entsprochen, doch scheut sich verständlicherweise der Betrieb nicht nur vor Umstellungen, die kurzfristig eine Erhöhung der Selbstkosten bewirken könnten, sondern ihm sind auch ferner die Entscheidungen über grundsätzliche Rationalisierungsmaßnahmen und die wesentlichen Möglichkeiten dazu genommen. Die mit der Gewinnabführung installierte finanzwirtschaftliche „Rentabilitätskontrolle“ vermag daher die Wirkungsweise des Auslese- und Anpassungsprozesses, wie er dem marktwirtschaftlichen Lenkungssystem innewohnt, nicht zu ersetzen. Trotz der sichtbaren technischen Leistungen des sozialistischen Wirtschaftssystems läuft es stets Gefahr, technisch rückständig zu bleiben oder zu werden. Die große Mehrzahl der Betriebe folgte jedenfalls bisher nur langsam dem technisch-wirtschaftlichen Fortschritt. Der neuerliche Trend der staatlichen Investitionspolitik, die weniger auf Neubauten, sondern auf eine Modernisierung der Betriebsausrüstungen, auf eine „komplexe Rationalisierung“ abzielt¹³⁰, bemüht sich daher, die durchaus erkannten, zwangsläufigen Folgeerscheinungen der nichtmarktwirtschaftlichen Lenkungsmethoden, soweit überhaupt möglich, zu überwinden.

Verglichen mit den teils weitreichenden Forderungen der Reformer¹³¹, die zweifellos mit ihren Vorschlägen sowohl an eine Mehrung des wirtschaftlichen Nutzens dachten als auch angesichts der Regungen der Unzufriedenheit innerhalb weiter Kreise der Bevölkerung eine schrittweise Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens zumindest ersehnten, hat aus den tatsächlich verwirklichten reformerischen Neuerungen, soweit bisher zu ersehen, nicht die Bevölkerung, sondern erneut der Staat bzw. die Parteidiktatur den Hauptnutzen gezogen. Ein wesentlicher Anstieg des Lebensstandards blieb vorerst aus¹³². Statt dessen aber ist mit dem sich allgemein durchsetzenden System der Gewinnabführung durch die Betriebe dem Staat nicht nur die Sorge um deren Rentabilität und um die Effizienz der Investitio-

¹³⁰ Vgl. Erdmann: a.a.O. S. 8. — Ders.: NÖS-Bilanz 1966. Bonn/Berlin 1967. S. 1 u. a.

¹³¹ Vgl. Boettcher, Thalheim (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, a.a.O. S. 27 f., 139 f., 215 f. u. 237 f. — Linder: a.a.O. S. 38—42.

¹³² Typisch für die Entwicklung in der DDR ist das seit 1965 gewaltige Vorseilen des Kauffonds gegenüber dem Warenfonds, wodurch die normale Versorgung mit dem überplanmäßigen Einkommenszuwachs nicht mehr Schritt hielt und Versorgungsschwierigkeiten auftraten.

nen einigermaßen genommen, sondern zugleich auch eine Akkumulationsquelle erschlossen worden, die künftig der staatlichen Investitionspolitik schon durch das höhere Volumen verfügbarer Akkumulationsfonds eine größere Beweglichkeit verspricht. Das Wirtschaftswachstum, bislang durch den Mangel an Investitionsmitteln spürbar beengt, läuft wahrscheinlich vorerst nicht Gefahr, daß die niedrigeren Wachstumsraten der letzten Jahre zu Vorboten eines völligen Stillstandes werden. Für diesen Preis ist freilich die dogmatischste Staatsmacht bereit, eine Marx-Lenin-Exegese aus der „Betriebsökonomik“ und im begrenzten Rahmen auch aus der „Politischen Ökonomie“ in Kauf zu nehmen.

Ebensowenig wie die Preisdiskussion kaum den Boden der zentralisierten Planwirtschaft verließ, ging die Hauptstoßrichtung der Reform schon gar nicht gegen die einseitige Prioritäten setzende und zwangsläufig wirtschaftliche Disproportionalitäten herbeiführende politische Führungsspitze. Lediglich in der ČSSR und auch dann erst, nachdem das nachstalinistische Novotny-Regime seine Machtpositionen verloren hatte, wurden die Dinge mehr oder weniger deutlich beim Namen genannt. Immerhin war in der Tschechoslowakei im Gegensatz zu den anderen Staaten ein Wirtschaftswachstum in den Jahren 1962 bis 1964 völlig ausgeblieben. Die plötzliche Wachstumskrise der bis dahin extensiven Wirtschaftsentwicklung in der ČSSR war nach Šik ökonomisch charakterisiert durch einen relativ hohen „Produktionskonsum“, durch eine niedrige Effektivität der Investitionen und damit einen höheren Bedarf an Investitionskosten, ferner durch eine sinkende Arbeitsproduktivität und ein noch rascheres Sinken des Nationaleinkommens am gesellschaftlichen Produkt¹³³, während der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen ständig wuchs. Infolge der riesigen Reproduktionskosten und des überflüssigen Produktionskonsums schrumpften die Ausgaben für den nicht produktiven Konsum der Gesellschaft, der Marktfonds hielt mit der Nachfrage nicht mehr Schritt, so daß sich aus der nichtrealisierten Kaufkraft Disproportionen ergaben, die sich in Versorgungsschwierigkeiten und deren mannigfaltigen Erscheinungsformen äußerten¹³⁴.

Derartige, sich letztlich auf die Konsumenten abwälzende Funktionsstörungen stellen allerdings in der Wirtschaftsgeschichte der Staaten Osteuropas kein Novum dar, sondern waren untrennbar mit dem sozialistischen Wirtschaftswachstum verbunden, wenngleich sie nur in einer gewissen zeitlichen Periodizität deutlicher sichtbar wurden. Die daraufhin angewandte wirtschaftspolitische Therapie be-

¹³³ Gesellschaftliches Gesamtprodukt = Ersatz für verbrauchte Produktionsmittel plus Nationaleinkommen.

¹³⁴ Šik: a.a.O. S. 71—79.

schränkte sich im allgemeinen auf eine zeitlich begrenzte Reduzierung der Investitionen und, gemessen an den üblichen Relationen der Investitionslenkung, auf eine ebenfalls nur kurzfristig stärker dosierte „Investitionsspritze“ für die Konsumgüterindustrie. Ohne tiefer greifende Reformen in Angriff nehmen zu müssen, war damit zumindest auf Zeit die Gefahr gebannt, daß die Arbeitsleistung infolge einer unzulänglichen Konsumgüterversorgung nicht mehr gehalten werden könne.

Mit Ausnahme in der kurzen verbraucherfreundlichen Malenkov-Ära demonstrierte die Sowjetunion stets die größte Bereitschaft, die Konsumtion durch hohe Investitionen und zeitweilig nicht minder hohe Verteidigungsausgaben erheblich zu beschneiden¹³⁵. Die anderen Staaten, am wenigsten die DDR, waren weit weniger in der Lage, mit der gleichen Konsequenz den tendenziell steigenden Lebensstandard der Bevölkerung zugunsten hoher Investitionsraten und nicht minder belastender Militärausgaben zu opfern. Je mehr der Anteil der Investitionen über 20 v. H. des Nationaleinkommens stieg und sich den 30 v. H. näherte, zeigte sich alsbald, daß der Bogen überspannt war. Disproportionalitäten traten auf, wiederholte Planänderungen machten sich erforderlich, der einseitige Ausbau der Investitionsgüterindustrie führte zu einer Schrumpfung des Warenumsatzes. Eine Herabsetzung der Investitionen für die Produktionsmittelindustrie machte sich wiederholt unerlässlich, um einen Ausgleich mit der Konsumgüterindustrie zu schaffen und den zurückgebliebenen Lebensstandard zu heben¹³⁶.

Lagen auch die Ursachen solcher Fehlentwicklungen unverkennbar bei der Befehlszentrale, ihren die Produktionsmittelindustrie einseitig begünstigenden Plandirektiven und der damit gekoppelten Investitionspolitik, so stand während der Reform dieser Ursachenkomplex bezeichnenderweise unter diskussionspolitischer Quarantäne. Die Hauptstoßrichtung der Reform galt vielmehr ganz allgemein einer Dezentralisierung des Planungsapparates, so daß man den Eindruck gewinnen könnte, daß die Hauptmängel des bisherigen Systems in der dem zentralen Entscheidungsprozeß adäquaten Apparatur erblickt wurden. Gewiß entsprangen zahlreiche negative Erscheinungen der hierarchischen Strukturierung des Instanzenzuges der Planungsbehörden und der bürokratischen Unzulänglichkeit ihrer Planungstechniken¹³⁷, doch sind nicht die Kausalitäten zwischen Bedingungs-

¹³⁵ Vgl. *Seton*: a.a.O. S. 391 f.

¹³⁶ Zu Polen vgl.: *Osteuropa-Handbuch*, Polen, a.a.O. S. 372—397; zu Jugoslawien: *Osteuropa-Handbuch*, Jugoslawien, a.a.O. S. 326.

¹³⁷ Die negativen Erscheinungsformen werden in knapper Zusammenfassung genannt bei *Grossman*: a.a.O. S. 284.

und Instrumentarien zu übersehen. Schließlich hat sich das sozialistische Wirtschaftssystem ein bestimmtes Instrumentarium geschaffen, bei dem der Zwang und die Logik übergeordneter Sachzusammenhänge und Zweckgebundenheiten Wesen und Morphologie des Instrumentariums bestimmten, das dieses System erst praktikabel werden ließ¹³⁸.

Eine begreifliche Kritik an der Politik der Führungsspitze hätte freilich den Vormarsch der Reformer sogleich gestoppt. Unter „Beschluß“ lag mit offizieller Billigung daher nur die Planungsbürokratie, die zweifelsohne einen erheblichen negativen Multiplikatoreffekt hervorgebracht hatte. Kritisiert wurden „Apparatschiks“ und ihre aufgeblähte Apparatur bis hinunter auf die betriebliche Ebene. Doch hätte man auch auf diesem Wege eine Umwandlung der zentralistischen Planungsstruktur herbeiführen können, wären nicht von der Führungsspitze die Grenzen rechtzeitig abgesteckt worden. Die angestrebte allmähliche Verlagerung von Planungsvollmachten und autonomen Entscheidungsbefugnissen von den Planungsbehörden auf die untere betriebliche Ebene hätte schließlich in letzter Konsequenz auch eine Beschneidung der omnipotenten wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt der Führungsspitze bedeutet, zu der sich aber bisher kein Regime und Jugoslawien nur mit Einschränkungen bereit fand. Der möglichen Kollision zwischen Planungsgewalt und einer sich stärkenden betrieblichen Autonomie wurde vorgebeugt, indem die Dezentralisation größtenteils nicht bis zur Ebene des einzelnen Betriebs, sondern bezeichnenderweise nur bis zu den noch aus der Stalin-Zeit stammenden „Dachorganisationen“, den „Vereinigungen“ und Kombinatn durchgeführt wurde, in denen die Betriebe ganzer Industriezweige horizontal zusammengefaßt sind oder werden¹³⁹. Insgesamt glichen jedoch auch die derzeitigen Dezentralisierungsbestrebungen mehr jener von Zeit zu Zeit sich bewährenden „Schaukeltherapie“, die schon mehrfach, beeinflußt von politischen Machtkonstellationen, angewandt wurde, um die durch das Eigengewicht der Planungsbehörden entstehenden Reibungsverluste zu vermindern, aufgeblähte Apparaturen abzubauen, überforderte und überbeanspruchte Verwaltungen zu entschlacken, bürokratische Verhärtungen aufzuweichen und regionale Sonderinteressen ebenso wie in Branchendenken befangenen Ressortgeist zu ersticken. Letztlich soll dadurch die Planorganisation und damit die gesamte Planwirtschaft in jeder Hinsicht wieder beweglicher gemacht werden. Hinter der „Pendelbewegung“ der sozialistischen Planungsorganisation, die neuerdings

¹³⁸ Vgl. Ernst August Kern: Skizzen zur Methodik und zum System der Planung. In: Joseph Kaiser (Hrsg.): Planung, II. Baden-Baden 1966. S. 370.

¹³⁹ Vgl. Grossman: a.a.O. S. 288.

von der Dezentralisation weg zur Rezentralisierung tendiert, verbirgt sich ein echtes wirtschaftliches Problem, dessen optimale Lösung sich um so schwieriger gestaltet, je strukturell komplizierter das gesamte Wirtschaftsgefüge und je größer das zu verwaltende Territorium ist¹⁴⁰. Keinesfalls aber führte der zentrifugale Effekt der Dezentralisierungsmaßnahmen, wie die jüngsten politischen Entwicklungen belegen, sogleich auch zu einer weiteren Liberalisierung des politischen, geistigen und kulturellen Lebens¹⁴¹. Vielmehr scheint es der Führungsspitze offenbar nach den Erfahrungen der 50er Jahre im Interesse der eigenen Machtposition zweckdienlicher zu sein, wenn jede „Lockerung der Zügel“ im wirtschaftlichen Bereich mit deren „Straffung“ auf politischem Gebiet einhergeht.

Obwohl mit den jüngsten Reformen in Osteuropa Theorie und Technik der Planung vervollkommen wurden¹⁴², kam es nicht zu einer eigentlichen Neuorientierung des nach wie vor politisch gelenkten und kontrollierten Wirtschaftssystems. So war es auch unmöglich, eine grundlegende Neugestaltung der von oben nach unten wirksam werdenden Planungsverwaltung vorzunehmen und die Beziehungen zwischen den Betrieben und dem Planungsmechanismus neu zu ordnen. Die scheinbare Hinwendung zum Typus einer mehr „oligarchischen Wirtschaftsverwaltung“ beschneidet nicht die grundsätzlichen Vollmachten der Zentrale, sondern entlastet sie von vielfältiger Verwaltungsarbeit und gibt ihr die Möglichkeit, sich auf ihre Lenkungs-funktionen um so besser konzentrieren zu können. Die Planungs-zentrale, das schon 1921 geschaffene sowjetische Gosplan-Büro, die Plankommission in der „DDR“ usw., bleibt daher der eigentliche, mit der nötigen Lenkungsapparatur ausgestattete Motor der Planwirtschaft, der sie in Bewegung hält und die Fahrtrichtung angibt. Über die Planzentrale fließen vor allem weiterhin die politisch-ideologischen Energien und Zielsetzungen der Führungsspitze in die Volkswirtschaft ein, die ihre wirtschaftlich automatische Entwicklung bisher stets unterbanden und die planwirtschaftliche Effizienz letztlich mit außerökonomischen Maßstäben belasteten.

Von den seit einigen Jahren mehrfach angestellten Experimenten, die einzelnen Betrieben versuchsweise völlige Entscheidungsfreiheit im Ein- und Verkauf, in der Produktion sowie in der Lohn- und Preisgestaltung gaben, ist neuerdings nichts mehr zu hören. Die vielbetonte Annäherung an den Markt scheute sich vor der marktwirt-

¹⁴⁰ Linder: a.a.O. S. 10—13.

¹⁴¹ Grossman: a.a.O. S. 300—301.

¹⁴² Der planungstechnische Fortschritt zeigte sich nicht zuletzt in der Vereinfachung und Umgestaltung des Systems der „Kennziffern“, die als Indikatoren wirken.

schaftlichen Spontaneität. Ein Abbau der reinen Befehlsgewalt, der imperativen Planung zugunsten einer allein durch Investitionen gesteuerten indikativen Planung würde, so lautet die Überzeugung der sozialistischen Wirtschaftspolitiker, durch die mit dem Marktprozeß verknüpften Unsicherheits- und Störfaktoren noch viel weniger die Gewähr dafür bieten, daß die gesetzten Planziele tatsächlich erreicht werden würden. Aber nicht nur um Produktionsrichtung und Produktionsprogramm besser bestimmen zu können, wollen die sozialistischen Führungsgremien ihre Macht nicht mit dem Markt teilen. Mit der Ausschaltung des Marktes sollte noch ein weiterer Störungsfaktor, der die Investitionsplanung in Frage stellen könnte, ausgeräumt werden, nämlich die Verteilung des Nationaleinkommens durch den Markt. Die Befehlswirtschaft sowjetischen Typs setzte daher bei ihren gegebenen Zielplanungen die staatlich autonome Verteilung des Nationaleinkommens stets voraus¹⁴³ und ist ohnedem kaum denkbar.

Praktische Erwägungen, die sich aus einer von ideologischen Komponenten nicht freien Beurteilung der internationalen politischen und militärischen Lage herleiteten, ferner das vielbeschworene, gegebenenfalls mit machtpolitischen und militärischen Mitteln durchgesetzte Sicherheitsbedürfnis, das ein militärisches Potential von steigender Potenz bedingte, und nicht zuletzt das ideologisch begründete Streben nach dem maximalen Wachstum einer kapitalintensiven Investitionsgüterindustrie, alles das ergab für die Sowjetunion und für die sozialistischen Länder, die ihrem Beispiel folgten, den Zwang zu gewaltiger Kapitalakkumulation, um mit Hilfe von Investitionen die Ziele zu erreichen, die sich der sozialistische Staat in der Gegenwart sowie in naher und ferner Zukunft zur vorrangigen Aufgabe machte. Das Bedürfnis nach größtmöglicher Kapitalakkumulation gehörte daher zu den elementarsten, wenngleich sehr selten ins Bewußtsein gehobenen Triebkräften innerhalb des sozialistischen Wirtschaftssystems¹⁴⁴.

Ebensowenig wie die Plangewalt über den Wirtschaftsprozess sowie die autonome Verfügungsgewalt über Nationaleinkommen und Sozialprodukt irgendwelche Einschränkungen duldeten, lagen auch reformerische Umstrukturierungen, die dem „Akkumulationstrieb“ Hemmungen auferlegen könnten, die ihn zugunsten eines höheren Lebensstandards einengten, außerhalb des Bereichs des Möglichen. Eher wurden die höheren Investitionen für Industrialisierung und Rüstung durch Konsumverzicht erzwungen, als umgekehrt industrielles und rüstungswirtschaftliches Wachstum einem höheren Lebensstandard geopfert. Der polnische Ökonom Oskar Lange charakterisierte die

¹⁴³ Vgl. auch Linder: a.a.O. S. 30.

¹⁴⁴ Seton: a.a.O. S. 373—374.

noch im Aufbau befindliche Sowjetwirtschaft als eine „Kriegswirtschaft“, in der zur Überwindung von insgesamt als „Gegner“ anzusehenden widrigen Verhältnissen alle Produktivkräfte auf obrigkeitlichen Befehl und unter Vernachlässigung individueller Nutzenmaximierung auf die Ziele der nachzuholenden Industrialisierung bei knappem Erfüllungszeitraum eingesetzt worden sind¹⁴⁵. Diejenigen, die mit und nach *Stalin* die Hebel der politischen Macht in der kommunistischen Staatenwelt bedienten und bedienen, ließen nicht durchblicken, daß diese Ordnungsform zentralisierter Verfügungsgewalt über Wirtschaft und Nationaleinkommen ein System auf Zeit, sondern vielmehr das Mittel sei, um die seit langem verheißene perfekte „kommunistische Überflußgesellschaft“ zu verwirklichen.

Bereitete schon der bisherigen Plandurchführung die notwendige Projizierung des linearen bzw. flächenhaften Schemas der Plankonzeption in Raum und Zeit erhebliche Schwierigkeiten, wie viel mehr Probleme würden erst aufgeworfen werden, wollte man die Logik der linearen Kausalität, gewissermaßen mit der vierten Dimension, mit dem Planablauf in der Zeit in Beziehung bringen und demzufolge als Zeitraum den nicht einmal der kommunistischen Propaganda bekannten Beginn der „kommunistischen Überflußgesellschaft“ in die Rechnung einbeziehen! Vorerst aber bildet die sozialistische Planwirtschaft, den Realitäten nach zu urteilen, mehr ein Mittel, dessen sich eine ebenso pragmatische wie ideologieverhaftete Machtpolitik mit mehr und weniger sichtbarem Erfolg bedient. *Stalins* Ziel, „alles planen und regulieren“ zu wollen, ließ sich jedoch nicht verwirklichen. Schließlich enden die Diskussionen der Wirtschaftsplaner der Länder des Ostblocks immer wieder mit dem Satz: „Kann man dem Politbüro nicht klarmachen, daß der Plan ein Ganzes darstellt und am Jahresende nicht mehr stimmen kann, wenn wir ständig Einzelheiten verändern¹⁴⁶?“ Die Zweckgebundenheit an außerökonomische Zielsetzungen rückte die sozialistische Planwirtschaft daher stets in die Nähe der etwas älteren Kriegswirtschaft, deren „Muttermale“ sie niemals völlig zu leugnen vermochte. Das Übergewicht an außerökonomischen Prioritäten im Wirtschaftskreislauf führte über kurz oder lang zu einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtszustandes, zu Disproportionen und Mangelercheinungen und war häufig nur durch Konsumeinschränkungen, durch einen im Vergleich zum Industriepotential und zur industriellen Wachstumsrate relativ niedrigen Lebensstandard auszutariieren. Einseitig organisiertes Wachstum auf der einen Seite zwang zur Organisation des Mangels auf der anderen. In der

¹⁴⁵ Zit. nach *Raupach*: Das Planungssystem, a.a.O. S. 141.

¹⁴⁶ *Schenk*: Vorzimmer der Diktatur, a.a.O. S. 123.

Geschichte der sozialistischen Volkswirtschaftspläne spielte daher neben Investitions- und Wachstumsraten die Überwindung von Mangelercheinungen eine nicht minder wichtige Rolle. Herrschte nach den Worten *Stalins* zu Beginn des ersten sowjetischen Fünfjahrplanes ein „Mangel an Technik“ und zu Beginn des zweiten ein „Mangel an Kadern“¹⁴⁷, so sind neuerdings Probleme der Rentabilität, der technischen Rationalität sowie der Effizienz der Investitionen zu den größten Sorgenkindern der kommunistischen Wirtschaftspolitik geworden. Unterdessen freilich zieht sich der relative Mangel an Verbrauchsgütern wie ein roter Faden durch die Progressivität planwirtschaftlicher Expansion von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

Summary

Socialistic Planned Economy

Origins, Foundations and Problems in Historical View

After an outline of the origins of Soviet economy in theory and action, the author points out that modern economic planning did not originate in a socialistic planned economy as prophesied by Marx and Engels. It roots in the administrated and planned “War Economy”, which was succeeded theoretically and practically by the “defense economy” of the thirties.

Both, the planned economy of the Soviet type and the defense economy, are closely related. Though Germany, Japan and the Soviet Union planned under different conditions, they all controlled economic resources according to non economic political and ideological priorities. They all had set up a gigantic public investment program, though different instruments were used to meet the immense demand for means of investment. In the socialistic planned economy, where state ownership provided the necessary power over National Income, “added value” was created by public autonomous price fixing. To determine and enforce production aims and programs, totalitarian top leadership created in each case a planning power, which was finally constitutionalized.

This framework has not been questioned during the recent East European economic reforms. Therefore the possibilities of reform are limited. Even the introduction of profit duties and a sales orientated “index” did not change the fundamental orientation of the socialistic planned economy. Heavy and defense industries, still prevail, though both disturbed in the past the economic equilibrium and have caused disproportions and shortages of all kind. Mostly it has been tried to outbalance them by keeping standard of life low.

¹⁴⁷ *Stalin: Fragen des Leninismus*, a.a.O. S. 593.